

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Nr. 1268, Raben & Comp.

Organ für das **werktätige Volk**

Bankkonten: Edm. Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Amnestien
und Weimarer, R.-G., Dresden.
Verleger: Schmidt, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt von Eilsendungen fremdlicher Art ist es durch einen Einfluß höherer Instanzen hat der Verleger der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abbestellung mit der täglichen Unterhaltungsbeilage: Neben-
druck, Buch, außer dem „Volk und Welt“ monatlich 2,50 M.,
jährlich 24 M., außer dem „Volk und Welt“ monatlich 2,50 M.,
jährlich 24 M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Abbestellung: Postfachkonto Nr. 1268, Dresden.
Kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Wochenspenden: Postfachkonto Nr. 1268, Dresden.
Wochenspenden: Postfachkonto Nr. 1268, Dresden.

Abbestellung: Die 80 mm breite Konvolutbeilage 25 Pf., die
90 mm breite Beilage 2 Pf., für außerhalb 40 Pf. u. 2,50 M.,
abzüglich Vereinfachung laut Tarif, Domestikation, Dresden, u.
Druckkosten 20 Pf. netto. Für Anzeigenbeilage 10 Pf., Einzelart. 10 Pf.

Nr. 28

Dresden, Mittwoch, den 3. Februar 1932

43. Jahrgang

Großmächte gegen Japan

Erklärungen in Genf

T. Genf, 2. Februar. (Eig. Draht.)
In letzter Stunde hat ein energisches Handeln im Völker-
bündnis den Krieg, wenigstens um Schanghai, aufge-
halten und die drückende Kriegsstimmung der Welt etwas er-
leichtert.

England und Amerika gehen neuerdings in Schanghai ge-
genüber Japan die Einstellung der Feindseligkeiten, die Bildung einer neutralen Zone und
Verhandlungen zwischen China und Japan über
die Straßensperren verlangt. Sie unterstützen diese Forderungen mit
unabhängigen Kreuzer- und Truppenentsendungen. Um das
entscheidend vor der ganzen Welt zu erklären, verlangte England
am Dienstag um die Mittagszeit eine öffentliche Notifikation. An-
schließend mußte die Eröffnung der Abrüstungskonferenz noch-
mal am zwei Stunden verschoben werden. Japan, das die ohn-
mächtigen Entschlüsse des Völkerbundes bisher nur ver-
urteilt und die Notwendigkeit des Rates immer weiter ausprobiert
hatte, hatte seinem Vertreter bereits Anweisung gegeben, sofort
aufzubrechen. Der japanische Vertreter erklärte sich einver-
standen mit dem Vorgehen der Großmächte, obwohl ihn niemand
besonders gefragte hatte.

Die Notifikation leitete an Stelle des erkrankten Paul
Boncour Frankreichs Kriegsminister Lardieu ein. Sofort ver-
ließ der englische Kolonialminister Thomas eine Erklärung
in der Regierung, die einen ungeheuren Eindruck hervorrief.

Die englische Regierung erachtete es als unmöglich, daß
die jetzige Entwicklung im Fernen Osten so weitergehen
dürfte, da sonst der Völkerbundpakt, der Kellogg-Pakt und
das Neunmächteabkommen unausbleiblich das Vertrauen
der Welt verlieren müßten. Unglücklicherweise seien alle
bisherigen Schlichtungsversuche unwirksam gewesen. Des-
halb habe die englische Regierung in Übereinstimmung
mit der von Amerika beschlossenen, eine weiterreichende An-
strengung zur Beendigung der bedauerlichen Ereignisse zu
unternehmen. Sie vertraue auf die Mitwirkung der
anderen Regierungen. Amerika und England hätten in
Tokio gemeinsam eine formelle Forderung unterbreitet:

1. daß alle Gewalttate und Vorbereitungen zu Feind-
seligkeiten sofort aufzuhören hätten;
2. daß in der Zone von Schanghai beide Parteien ihre
Truppen zurückziehen und zum Schutze der internationalen
Kübelung eine neutrale Zone zu bilden sei;
3. daß sofort Verhandlungen zu beginnen hätten zur
Regelung der bestehenden Streitfragen im Geiste des
Kellogg-Paktes und der Ratsentscheidung vom 9. De-
zember 1931.

Anschließend verlas Thomas eine Regierungserklärung, die
zur gleichen Zeit im englischen Unterhaus abgegeben wurde. Sie

schildert die traurigen Ereignisse um Schanghai und die dortigen
Versuche der Konsuln zur Eindämmung, gibt dann das neue Vor-
gehen an und fährt fort: Bezüglich der militärischen Lage habe
die Regierung am Sonntag beschlossen, zu den drei britischen
Regimenten in Schanghai noch ein Bataillon In-
fanterie und eine Batterie von Kanonen zu beordern. Die
Zerstreute Gornwall, Sandwid und zwei Kanonenboote seien
bereits am Sonntag durch die beiden Kreuzer Kent und Suffolk

Schweres Erdbeben auf Kuba

2000 Tote

Reunort, 3. Februar. Die Associated Press aus
Havanna meldet, ist die Stadt Santiago durch ein
Erdbeben teilweise zerstört worden. Etwa 2000 Menschen
sollen umgekommen sein.

Von einer vor Santiago liegenden Nacht aus wurden
heute früh 1.30 Uhr schwere Erdstöße und Ein-
stürze von Gebäuden wahrgenommen.

300 Häuser zerstört

Reunort, 3. Februar. Die Associated Press aus
Havanna meldet, sind bei dem Erdbeben in Santiago de Cuba
300 Häuser zerstört worden.

ergänzt worden. Englisches Zusammenarbeiten mit den anderen
Mächten werde erfolgen. England erbat dann vom Rat seine Zu-
stimmung und Unterstützung.

Trotz Inarrie Lardieu, Frankreich habe am Montag
abend gleichfalls Truppenverstärkungen nach
Schanghai beordert und Anweisungen für ein gemeinsames Vor-
gehen gegeben. Grandi erklärte für Italien und Belgien
für Deutschland die Mitwirkung im Sinne der
englischen Erklärung. Den, China, dankte für die eingeleiteten
Maßnahmen, während Sato, Japan, sich bereit, unter An-
griffschuldigungen gegen China sofort die japanische Vereit-
schaft zur Annahme des britisch-amerikanischen Verlangens zu
erklären.

Auf Antrag des Generalsekretärs bewilligte der Rat ab-
schließend einen Kredit von 5000 Schweizer Franc für die außer-
ordentliche Untersuchungskommission in Schanghai.

Japan führt weiter Krieg!

Gegen die Vorschläge der Mächte

Wb. Tokio, 3. Februar. (Reuter.) An zuständiger
japanischer Stelle wird erklärt, Japan würde sich sehr glück-
lich schätzen, wenn die Feindseligkeiten eingestellt würden.
Es sei jedoch nicht in der Lage, den Punkt 5 der Vorschläge
der drei Mächte anzunehmen, der bestimmt, daß sofortige
Maßnahmen zur Beilegung der Meinungs-
verschiedenheiten ergriffen würden.

Japan beabsichtigt Wegnahme des Wufung-Forts

Wb. Schanghai, 3. Februar. Der japanische Ge-
neralkonsul teilte dem britischen und dem amerikanischen
Generalkonsul offen mit, daß Japan die Absicht habe, die
Wufung-Forts sofort zu besetzen.

Das Bombardement der japanischen Kreuzer und
Munitionsschiffe, das auf den Forts Wufung und Kusan
liegt, ist außerordentlich heftig.

Die Vorstellungen Deutschlands bei China und Japan

Wb. Berlin, 3. Februar. Die deutsche Regierung hat ihre
Forderungen und ihre Gesandtschaft in Kanton telegraphisch be-
auftragt, der japanischen und der chinesischen Regierung in
freundlicher Form zu erklären, daß die deutsche Re-
gierung angesichts der letzten Entwicklung in Ostasien im Interesse
der Wiederherstellung friedlicher Zustände sich gegenüber beiden Re-
gierungen dem Vorschlag der anderen Mächte an-
schließt, daß

1. alle kriegerischen Maßnahmen und Kriegsvorbereitungen ein-
gestellt werden, insbesondere die Feindseligkeiten in Schanghai
alsbald ihr Ende finden,
2. zwischen den beiden beteiligten Regierungen sofort Verhand-
lungen im Geiste des Kellogg-Paktes und der Entscheidung
des Völkerbundesrates vom 10. Dezember 1931 beginnen
müßten.

Britische Infanterie in Schanghai gelandet

Wb. Schanghai, 3. Februar. Associated Press meldet: Der
britische 10.000-Mann-Kreuzer „Derwid“ hat hier ein Bataillon
britische Infanterie gelandet.

Der ungesühnte Mord

Die nationalsozialistische Bluttat und
das milde Dresdner Schwurgericht

Ueber dem Eingang zum Landgericht in Dres-
den steht in prägnanten goldenen Lettern der Spruch: Nichts
ist so fein gespannt, daß es nicht kam zur
Zerreißen. Wer am Dienstag nach der Verkündung des
Urteils im Niejaer Nordprozess das Gericht verließ
und sich noch einmal umdrehte, der wird bitter gelächelt
haben, als er den Spruch las.

Die Justiz unserer Tage gibt uns nur zu oft Grund,
nicht nur verbittert, sondern auch empört zu sein. In
Tugenden, in Hunderten von Fällen müßten wir erleben,
daß gerade die höchsten und das allerhöchste Gericht Urteile
fällten, die bei wahrhaft rechtlich denkenden Menschen nur
Empörung hervorrufen könnten. Wieviel politische Morde,
wieviel politische Missetaten wurden nicht geführt! Für
wenigen Monaten erst wurden im gleichen Landgerichts-
bezirk am Münchener Platz Nationalsozialisten freige-
sprachen, die einen wohlüberlegten Mordanschlag auf das Ge-
werkschaftsbüro in Groyenhan durchführten. Und wenn
wir uns in ganz Deutschland umsehen, dann können wir die
Tatfache verzeichnen, daß nach politischen Zusammenstößen
in erster Linie immer die Angehörigen der Linksparteien auf
der Anklagebank sitzen, während sich die Reaktion auf der
Zeugensbank breitmacht. Die Urteile sehen dann auch
danach aus.

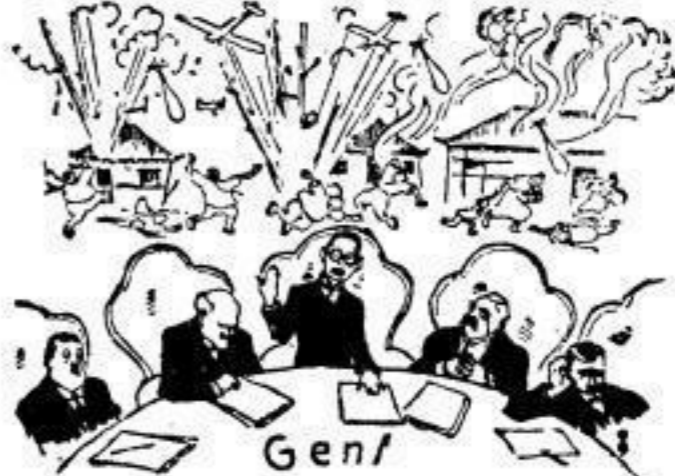
Es soll uns niemand kommen und sagen, daß die
Richter nach bestem Wissen und Gewissen und nach den Buch-
staben des Gesetzes ihre Urteile fällten. Es gibt keine Justiz,
die nicht zugleich eine im wahren Sinne des Wortes politische
Justiz wäre. Wir wollen hier gar nicht reden über die Rolle,
die Recht und Gesetzgebung im kapitalistischen Mißstand
spielen. Wir sehen nur, wie gerade auf politischem Ge-
biet im heutigen Deutschland die Rechtsprechung mit ver-
schwindend geringen Ausnahmen Wert und Tugend der
Reaktion zugleich ist. Unter diesen Gesichtspunkten müssen
wir alle politischen Urteile betrachten, mögen sich die Juristen-
periphrasen noch so viel Mühe geben, nachzuweisen, daß sie sich
streng an das Gesetz gehalten haben.

Wie ist nun das Urteil in diesem Falle zu betrachten?

Der Tatvorgang, der ja in den ausführlichen Berichten
unserer Zeitung eingehend geschildert wurde, stellt sich als der
letzte Akt einer Mordjagd dar, zu der sich die An-
geklagten und wahrscheinlich auch noch einige andere Nazis
an diesem Abend zusammenschloßen. Sie verfolgten am Rosen-
platz in Nieja drei Reichsbannerleute. Zunächst schlug in
der Niederlastraße ohne jeden Wortwechsel den Reichs-
bannermann Wachs mit der Faust ins Gesicht und gab damit
das Signal zum Angriff. Delmède war es, der selbst ein-
griff, daß er auf der Schultzstraße als erster den Reichs-
bannermann Meier tötete und mit seiner Zeilkerpreiße seine
Kameraden herbeirief.

Man muß sich die Situation vorstellen: Zwei Menschen
stehen in dunkler Nacht, laut und gellend um Hilfe schreiend.

Gipfel der Friedfertigkeit.



Der japanische Vertreter beim Völkerbund: „Der
beste Beweis dafür, daß wir keinen Krieg führen, ist
die Tatsache, daß unsere Bombenabwürfe allein die fried-
liche Zivilbevölkerung tötete.“

Seite 12

te Behörde
mache ihre
Angaben treffen.
des wird in-
ingen unan-
zu gebieten,
Kampfstellen
und räumt
ich das letzte

r den Mecht,
weil sich mit
immung mit
n, die heute

r, im großen
tag 4

ühe

qust Hinrichs,
rierte Bläre
soroerlauf in
es Orkand-
edem an der
nblach 4) —
anstellungen

bet. Wuker-
n. Für die
art zur Ver-
weilige An-
gebühren der
t, bei Wuker-

er Haupt-
die hülle-
den Waband
kano des
und fahrt-
n beten die

herreich Ab-
und colli-
nach Wuker-
ich nach der
unte colli-
des colli-
anerbildung
galeiten hat
sinter ent-
in Wuker-
schießung
erhalten, un-
damit die
genhals der
iele Hülle-
die Hülle-
in Wuker-
erhalten, un-

herreich Ab-
und colli-
nach Wuker-
ich nach der
unte colli-
des colli-
anerbildung
galeiten hat
sinter ent-
in Wuker-
schießung
erhalten, un-
damit die
genhals der
iele Hülle-
die Hülle-
in Wuker-
erhalten, un-

herreich Ab-
und colli-
nach Wuker-
ich nach der
unte colli-
des colli-
anerbildung
galeiten hat
sinter ent-
in Wuker-
schießung
erhalten, un-
damit die
genhals der
iele Hülle-
die Hülle-
in Wuker-
erhalten, un-

herreich Ab-
und colli-
nach Wuker-
ich nach der
unte colli-
des colli-
anerbildung
galeiten hat
sinter ent-
in Wuker-
schießung
erhalten, un-
damit die
genhals der
iele Hülle-
die Hülle-
in Wuker-
erhalten, un-

herreich Ab-
und colli-
nach Wuker-
ich nach der
unte colli-
des colli-
anerbildung
galeiten hat
sinter ent-
in Wuker-
schießung
erhalten, un-
damit die
genhals der
iele Hülle-
die Hülle-
in Wuker-
erhalten, un-

herreich Ab-
und colli-
nach Wuker-
ich nach der
unte colli-
des colli-
anerbildung
galeiten hat
sinter ent-
in Wuker-
schießung
erhalten, un-
damit die
genhals der
iele Hülle-
die Hülle-
in Wuker-
erhalten, un-

herreich Ab-
und colli-
nach Wuker-
ich nach der
unte colli-
des colli-
anerbildung
galeiten hat
sinter ent-
in Wuker-
schießung
erhalten, un-
damit die
genhals der
iele Hülle-
die Hülle-
in Wuker-
erhalten, un-

herreich Ab-
und colli-
nach Wuker-
ich nach der
unte colli-
des colli-
anerbildung
galeiten hat
sinter ent-
in Wuker-
schießung
erhalten, un-
damit die
genhals der
iele Hülle-
die Hülle-
in Wuker-
erhalten, un-

herreich Ab-
und colli-
nach Wuker-
ich nach der
unte colli-
des colli-
anerbildung
galeiten hat
sinter ent-
in Wuker-
schießung
erhalten, un-
damit die
genhals der
iele Hülle-
die Hülle-
in Wuker-
erhalten, un-

herreich Ab-
und colli-
nach Wuker-
ich nach der
unte colli-
des colli-
anerbildung
galeiten hat
sinter ent-
in Wuker-
schießung
erhalten, un-
damit die
genhals der
iele Hülle-
die Hülle-
in Wuker-
erhalten, un-

herreich Ab-
und colli-
nach Wuker-
ich nach der
unte colli-
des colli-
anerbildung
galeiten hat
sinter ent-
in Wuker-
schießung
erhalten, un-
damit die
genhals der
iele Hülle-
die Hülle-
in Wuker-
erhalten, un-

herreich Ab-
und colli-
nach Wuker-
ich nach der
unte colli-
des colli-
anerbildung
galeiten hat
sinter ent-
in Wuker-
schießung
erhalten, un-
damit die
genhals der
iele Hülle-
die Hülle-
in Wuker-
erhalten, un-

herreich Ab-
und colli-
nach Wuker-
ich nach der
unte colli-
des colli-
anerbildung
galeiten hat
sinter ent-
in Wuker-
schießung
erhalten, un-
damit die
genhals der
iele Hülle-
die Hülle-
in Wuker-
erhalten, un-

herreich Ab-
und colli-
nach Wuker-
ich nach der
unte colli-
des colli-
anerbildung
galeiten hat
sinter ent-
in Wuker-
schießung
erhalten, un-
damit die
genhals der
iele Hülle-
die Hülle-
in Wuker-
erhalten, un-

herreich Ab-
und colli-
nach Wuker-
ich nach der
unte colli-
des colli-
anerbildung
galeiten hat
sinter ent-
in Wuker-
schießung
erhalten, un-
damit die
genhals der
iele Hülle-
die Hülle-
in Wuker-
erhalten, un-

herreich Ab-
und colli-
nach Wuker-
ich nach der
unte colli-
des colli-
anerbildung
galeiten hat
sinter ent-
in Wuker-
schießung
erhalten, un-
damit die
genhals der
iele Hülle-
die Hülle-
in Wuker-
erhalten, un-

herreich Ab-
und colli-
nach Wuker-
ich nach der
unte colli-
des colli-
anerbildung
galeiten hat
sinter ent-
in Wuker-
schießung
erhalten, un-
damit die
genhals der
iele Hülle-
die Hülle-
in Wuker-
erhalten, un-

herreich Ab-
und colli-
nach Wuker-
ich nach der
unte colli-
des colli-
anerbildung
galeiten hat
sinter ent-
in Wuker-
schießung
erhalten, un-
damit die
genhals der
iele Hülle-
die Hülle-
in Wuker-
erhalten, un-

herreich Ab-
und colli-
nach Wuker-
ich nach der
unte colli-
des colli-
anerbildung
galeiten hat
sinter ent-
in Wuker-
schießung
erhalten, un-
damit die
genhals der
iele Hülle-
die Hülle-
in Wuker-
erhalten, un-

herreich Ab-
und colli-
nach Wuker-
ich nach der
unte colli-
des colli-
anerbildung
galeiten hat
sinter ent-
in Wuker-
schießung
erhalten, un-
damit die
genhals der
iele Hülle-
die Hülle-
in Wuker-
erhalten, un-

herreich Ab-
und colli-
nach Wuker-
ich nach der
unte colli-
des colli-
anerbildung
galeiten hat
sinter ent-
in Wuker-
schießung
erhalten, un-
damit die
genhals der
iele Hülle-
die Hülle-
in Wuker-
erhalten, un-

Hinter ihnen her ein Trupp Verfolger mit Knütteln und Messern. Einer stürzt, wird umringt, und noch nicht eine Minute später ist er schon an den Stichen der Räder verblutet. Freilich, wer der eigentliche Mörder war, wer die beiden tödlich wirkenden Stiche führte, das konnte das Gericht nicht feststellen. Es konnte es nicht zuletzt darum nicht feststellen, weil unseres Erachtens der sofort hinkommende Polizeikommissar Viebrecht nicht alles getan hat, um den oder die Täter auf frischer Tat festzustellen. Unter den zahlreichen Waffen und Schlagwerkzeugen, die auf dem Tisch des Gerichts lagen, befanden sich nicht die Messer, die zur Tat benutzt wurden. Warum? Ein Teil der Verhafteten (sich nach der einen Seite, drei flüchten nach der anderen Seite und wurden hier von dem Polizeikommissar Viebrecht gestellt. Er untersuchte sie nicht auf Waffen, sondern überließ sie einem Zivilisten, der sie zur Wache bringen sollte. Sie gingen nicht dorthin, sondern in den „Kronprinz“, ihr Versteckort. Als der Polizeikommissar dort hinkam, untersuchte er die Anwesenden wieder nicht genau auf Waffen. In dem Zimmer, in dem sie gefangen waren, hat er sich nach seiner eigenen Aussage nur „umgesehen“.

Dürftig, wie die Untersuchung, geriet die Anklage. Die Desorientierung ist in der gemeinen Mutart schlecht ein plattes Wort, und sie wird es nie begriffen, daß die Tat in juristischem Licht etwas anderes sein soll. In diesem Licht war sie aber noch nicht einmal Totschlag. Sie wurde unter der Rubrik Körperverletzung mit Todesfolge geführt und verwandelte sich nach längerer Prüfung in einen Kaufhandel. Als solcher wurde sie endlich auch bestraft.

Bevor es so weit kam, hat es kaum je eine Verhandlung gegeben, in der mit der Wahrheit so viel Schindluder getrieben worden wäre, wie das nunmehr vor dem Dresdner Schwurgericht geschah. Dem Schindler schien fast genug, um nicht serviert zu werden. Den Spiel hat wohl Unbittig erreicht, dieser Mann, der einem anderen kurzerhand die Faust ins Gesicht schlägt, den Liebenden mit einer ganzen Reihe verläßt, mit einem Zeitungsweber bearbeitet und sich nun vor Gericht erkühnte, mit einer Behauptung aufzutreten, die ihm eine Viertelstunde nach seinem wüsten Ertrag als dem gekochten Knecht gegenüber hilfswilligen Remisen erscheinen lassen sollte! Es gibt keine Darstellung, der man weniger glauben könnte. Doch das Schwurgericht hat sie angenommen und gelten lassen! Es hat gelten lassen, daß er bei der Ermordung Wolffs bloßer Zuschauer war, daß er von seinen schlagenden und stehenden Parteigenossen drei Kränze einsteckte, um den Überfallenen zu unterstützen, nicht aber seine Parteigenossen! So etwas wird für „möglich“ gehalten und für nicht widerlegt erklärt. So konnte es geschehen, daß Unbittig im zweiten Akt der Anklage strahlend blieb!

Das ist nur eine der ungewöhnlichen, nicht begrifflichen und die Kritik herausfordernden Tatsachen dieses Prozesses. Eine andere war die Nichtverurteilung zweier Hauptzeugen, gegen die nach weiterer Auffassung kein Antrag bestand, auf einen Tatverdacht zu schließen. Diese Tatsache hat zu einem im Gerichtsaal seltenen Protest geführt durch den Verzicht auf eine Nebenklage und die

Amts niederlegung des Anwalts. Nicht weniger außerordentlich war die Tatsache, daß die Angeklagten nach einer langen Untersuchung mit dem bekannten großen Staatsanwalt und das Gericht sich mit ihm abhandeln. Er gestrichelt in der Anklage und dann auch in der Urteilsbegründung. Doch sah er bestimmt mit im Saal! Daß man ihn dennoch nicht sah, das zwingt dazu, auf schwere Mängel in der Verfolgung und in Polizei und Justiz zu schließen. Dem Effekt nach hat die Strafverfolgung verfehlt!

Dann: Wieso war eigentlich jene Frau Fiedler nicht mit unter den Angeklagten? Jene Frau nämlich, die angeblich von Wolff beleidigt worden sein sollte, die aber selbst in einem sehr merkwürdigen Licht steht, von der gelagt wurde, daß sie auf der Niederlagstraße die hebräischen Worte rief: „Schlagt den Hund tot“, und die jährlich von ihrem „stürzten“ Mann vor dem „Kronprinz“ nicht ein Stechwerkzeug, sondern Schlüssel erhalten haben wollte! War der Verdacht der öffentlichen Aufforderung zu Gewalttätigkeiten etwa nicht hinreichend genug? Nun, es hieß, daß ein Verfahren gegen sie anhängig sei. Vor Gericht freilich war die Frau unter den Zeugen!

Eines jedenfalls hat der Prozeß gezeigt, und daran können die Verlogenheiten des höchsten Reichsorgans und anderer nationalsozialistischer Plätter nichts ändern: Nämlich die Verrohung im Reichsorgan, die geradezu verblühende Bestialität, mit der der Reichsbannermann abgeschlachtet wurde. Mordanschläge haben die Mörder auf ihn eingeschoben, denn selbst ihr eigener Kamerad erhielt zwei Stiche in den Arm. Das Vorgehen gegen die ersterbenden Rufe haben sie nicht gebindert, weiter zuzustehen. In diesen jungen Menschen muß jede

Menschlichkeit, jede sittliche Hemmung verflüchtigt sein, wenn einem stumpfsinnigen, fürchterlich verhassten Kanakismus.

Wie kam es dahin? Von wem wurde der Same dieses fürchterlichen Gewächses in die Herzen dieser Menschen gesät? Schuld daran haben jene nationalsozialistischen Demagoguen, die landauf, landab reisen und in hysterischer Manier vom „Messer“ reden. Schuld daran hat jene hebräische Presse der Hitler-Partei, jener blutrünstigen Propaganda, bei der jedes Gefühl für menschliches Empfinden vor die Hunde gegangen ist. Dort sitzen die wahren Mörder, dort liegen die intellektuellen Urheber nicht nur des Mordes an Meja, sondern all der blutigen Gräueltaten, die auf das Schicksal der Hakenkreuzler zu sehen sind.

Unser Kamerad Wolf wird nicht wieder lebendig, und wenn man gleich seine Mörder auf ein Jahrzehnt ins Gefängnis geschickt hätte. Aber eines wissen wir! Wir werden alle unsere Kräfte aufbieten, um dafür zu sorgen, daß nicht jene Bande, die heute nützliche Strafen unsicher machen, in Zukunft vielleicht einmal am hellen Tage mordend und fengend über die Arbeiter verfallen können. Wir werden uns in entscheidender Stunde nicht auf die Güte und Gerechtigkeit verlassen können. Darum ist kein Verlaß! Wir werden unsere Organisationen zu noch stärkerer Wirkung entwickeln, werden markieren und werden dem Gegner zeigen, daß wir gewillt sind, ihm entsprechend zu begegnen, wenn er es haben will.

Eingereicht in die Eisernen Front! Das ist die beste Antwort auf dieses aufreizend unzulängliche Urteil. Das ist das Vermächtnis unseres toten Kameraden, das wir zu erfüllen haben. Das ist das Vermächtnis aller Kameraden, die von Hakenkreuzbestien gemordet wurden!

Material für Groener

Eine Liste nationalsozialistischer Schandtaten

D. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, hat dem Reichsinnenminister Groener am Dienstag persönlich einen Band von Material überreicht, das die Terrormethoden der Nationalsozialisten darstellt. Vor Wochen wurde dem Reichsinnenminister bereits ein Band mit dem Material zugestellt. Dieser Aufstellung ist jetzt die Übermittlung weiterer acht Bände gefolgt, die durchschnittlich etwa 200 Seiten stark sind und 163 Terrorfälle der letzten Zeit behandeln. Das Material umfasst Verleumdungen, Bedrohungen und Verletzungen, teilweise mit Todeserfolg.

Die einzelnen Vorgänge sind zum größten Teil durch Zeugnisaussagen, durch offizielle Polizeiberichte, einzelne auch bereits durch Gerichtsurteile belegt. Es handelt sich um Provokationen, Herausforderungen, Mißhandlungen in Versammlungen, auf der Straße, nach Versammlungen oder bei Demonstrationen oder nach Demonstrationen. Auch um Vorgänge, die sich mit politischem Hintergrund aus Wirtschaftskreis heraus entwickelt haben, und auch um

Fälle, wo ohne jede Veranlassung auf der Straße Andenkende von Nationalsozialisten gereizt, provoziert und dann mißhandelt worden sind.

Überblickt man die ganzen Vorgänge, so zeigt es sich, daß die Hakenkreuzler in Deutschland, mag es Ostpreußen oder Baden, mag es Mecklenburg oder Württemberg, mag es Preussisch-Ober- oder Thüringen sein, immer nach derselben Methode handeln.

Nazi bestien

Frankfurt a. M., 2. Februar. (Eig. Drahtber.) Die Große Strafkammer des Frankfurter Landgerichts verurteilte drei Nationalsozialisten wegen erheblicher Körperverletzung zu sechs Monaten Gefängnis. Die Nazis hatten im November v. J. einen Kommunisten zu Boden geschlagen, den Verwundeten mit Füßen getreten und ihm mit dem Ruf „Wenn er nur verreckt!“ einen Rippenbruch, einen Blutriss in die Niere und Kopfverletzungen zugefügt.

Die österreichische Krise

Von Julius Deutsch, Wien

Am 27. Januar erklärte der österreichische Bundeskanzler Dr. Buresch Journalisten, die ihn darum befragten, daß es im gegenwärtigen Augenblick eine Regierungskrise nicht gäbe, angesichts der trüben Wirtschaftslage gar nicht geben dürfe, und daß die Regierung überhaupt „andere Sorgen im Kopfe habe“. Am nächsten Tage aber mußte dieser Bundeskanzler Dr. Buresch die Dimission des Kabinetts überreichen.

Wie kam es zu dieser Dimission? Alle Welt wußte, daß dem Bundeskanzler Dr. Buresch seit geraumer Zeit in seinem Parteigenossen Ignaz Seipel ein gefährlicher Feind erwachsen war. Buresch hatte im Parlament verhältnismäßig wenig Feinde. Er vertrat sich noch halbwegs mit der starken Opposition. Zu ihm dies war indes einer der Gründe, der Seipels Zorn entflammte. Der hohlerste, freibühnliche Prälat hat es sich in den Kopf gesetzt, die Sozialdemokratie niederzuringen. Nichts argert ihn mehr, als wenn einer seiner Parteifreunde sich mit der Sozialdemokratischen Partei in ein erträgliches Verhältnis zu setzen versucht.

Am dem Tage, an dem Buresch nach Genf reisen mußte, um für Oesterreich einen neuen Kredit zu erbitten, drangen Polizeileute, nach verdeckten Waffen suchend, ins Ottakringer Arbeiterheim ein. Die Ressortminister wehrten sich vergeblich gegen diese unverdächtige parteiische Eingrifflichkeit der Staatsgewalt. Buresch geriet in einen schroffen Gegensatz zur Sozialdemokratie, die natürlich ihn, als den Regierungschef, für dies Unternehmen der Greiftrupps verantwortlich machen mußte. Das war Seipels Weichholz.

Während der Bundeskanzler noch in Genf weilte, begannen auf einmal in Tiroler Zeitungen heftige Angriffe gegen ihn. Man fand, daß er nicht genügend stark, will sagen, nicht genügend schärfermächtig sei. Das Parlament, so schrieb es aus den Spalten der Tiroler „Publizität“, habe „verlagt“. Das war eine lauthelle Lüge, denn nirgends in Europa arbeitet das Parlament ruhiger und hochenergie. Der österreichische Nationalrat kann für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, eines der fleißigsten Parlamente zu sein. Nichts — der Jude wird verbrannt! Nach der sozialistischen Theorie darf ein Parlament nicht gewissenhaft arbeiten, sondern muß „verlagern“. Also geterte die sozialistische Presse unentwegt, daß auch das österreichische Parlament verlagt habe.

Als der Bundeskanzler von Genf zurückkam, erwartete ihn bereits der gezielte Verleumdungsbeschuldigung seiner Parteifreunde. Ihm ist er auch tatsächlich erlegen.

Allerdings war der Sieg Seipels kein vollständiger. Es gelang ihm wohl, Buresch zu stürzen, aber es gelang ihm dann nicht, sich selber in den Sattel zu schwingen. Nach einer kurzen Regierungskrise ist Buresch wieder Kanzler geworden. Seine neue Regierung ist freilich noch schwächer als die vor der Krise. Die schwache Mehrheit, die er früher besaß, ist nun zu einer effektiven Minderheit geworden. Nur 75 von 186 Abgeordneten der

Nationalrats stehen in der Christlichsozialen Partei und im Landbund, die jetzt seine Regierung stützen. Buresch ist mehr denn je auf die Unterstützung durch die Sozialdemokraten angewiesen. Er rechnet damit, daß ihn die Sozialdemokraten tolerieren werden, um einer Rechtsregierung mit faschistischem Einschlag — etwa Seipel, gestützt durch die Heimwehren — den Weg zu legen. Also ein Experiment à la Brüning.

Es ist schwer vorauszusagen, ob ein solches Experiment in Oesterreich gelingen wird. Die innere Lage des Landes wird in der nächsten Zeit durch die schweren Finanz- und Wirtschaftsjorgen mehr bestimmt werden, als durch politische

Brüning soll weg

Intrigenpiel der Sarzburger gegen Reichstag und Verfassung

D. In der Eugenbergr-Presse vom Dienstag morgen und ebenso vom Dienstag abend sind zu der Bildung des Sehm-Ausschusses völlig übereinstimmende Kommentare zu finden. Sie klingen wie folgt aus:

„Es ist anzunehmen, daß noch im Laufe dieser Woche sehr wichtige politische Verhandlungen stattfinden und vielleicht auch Entscheidungen getroffen werden, die im Zusammenhang mit der Reichspräsidentenwahl auch auf andere Gebieten große Bedeutung haben können.“

Was steckt hinter diesen dunklen Andeutungen? Nichts anderes als ein großes Intrigenpiel, das nunmehr seit fast zwei Wochen im Gange ist und das sich hauptsächlich gegen den Reichskanzler und seine Regierung richtet. Seine Hauptakteure sind Mitglieder der Deutschnationalen Partei. Inspiriert von Eugenbergr und Konforten, versuchen sie bei dem Reichspräsidenten direkt und indirekt über seinen Staatssekretär Reichner dafür Verstandnis zu gewinnen, daß Brüning eine Kandidatur Hindenburgs zur Reichspräsidentenschaft gefährdet und die gesamte Rechte für Hindenburg stimmen wird, sobald Brüning geht und an seine Stelle ein Nazi oder ein Deutschnationaler getreten ist. Bis jetzt haben diese Intrigen einen positiven Erfolg nicht gehabt und deshalb werden sie neuerdings von den Reichspolitikern mit verstärktem Druck fortgesetzt mit Zwischenstücken in hohen beamteten Stellungen.

Es ist in diesem Augenblick nicht die Zeit, auf diese Intrigen, ihre Akteure und deren beamtete Helfershelfer in aller Ausführlichkeit einzugehen. Aber festzustellen ist dazu, daß die Reichspolitiker eine Wehrheit für ein von ihnen er-

Zettelungen. Oesterreich geht, wenn nicht bald Hilfe kommt, einer Katastrophe entgegen. Die Devisenbewirtschaftung hat sich als fruchtlos erwiesen. Das Problem der Kreditanstalt ist ungelöst, die Bundesbahnen strecken nach wie vor in einem riesengroßen Defizit. Hilfe könnte nur von auswärts kommen.

Um den Mächtigen des Völkerbundes zu gefallen, hat Buresch den bisherigen Außenminister Schöber fallen lassen. Dieser galt in Frankreich als einer der Initiatoren des Projektes einer Zollunion mit Deutschland. Seine Verrückung aus der Regierung soll Frankreich gnädiger stimmen. Ob dieses Vorgehen um Frankreichs Gunst die Kassenkranke des internationalen Finanzkapitals für Oesterreich öffnen wird? Wir zweifeln daran. Wenn nicht, dann kann es nur wenige Wochen dauern, bis auf der kaum gelösten Regierungskrise eine neue und viel gefährlichere Wirtschaftskrise ersticht. Das Problem Oesterreich selbst wird auf die Tagesordnung Europas gestellt werden.

bildetes Kabinett in dem gegenwärtigen Reichstag nicht möglich, während Brüning über eine derartige Wechsellösung verfügt. Das verbroderliche Spiel der Nazis und Sozialisten ist deshalb gegen den bestehenden Reichstag und damit gegen die Verfassung gerichtet.

Rücktritt der Anhalter Regierung

Dessau, 8. Februar. (Eig. Funk.) Im Parlament des Reichsaates Anhalt wurde ein Antrag der Nationalsozialisten, der dem Staatsministerium das Vertrauen entzieht, mit 19 gegen 17 Stimmen angenommen. Die Regierung erklärte daraufhin sofort aufzulösen. Ein deutschnationaler Antrag, den Landtag sofort aufzulösen, wurde mit 20 Stimmen der Sozialdemokratischen Staatspartei und Kommunisten gegen 16 Stimmen der Rechten abgelehnt.

Beratungen des Parteiausschusses

Die politische Situation macht eine Sitzung des Parteiausschusses nötig; sie findet am Freitag und wahrscheinlich auch am Sonnabend statt.

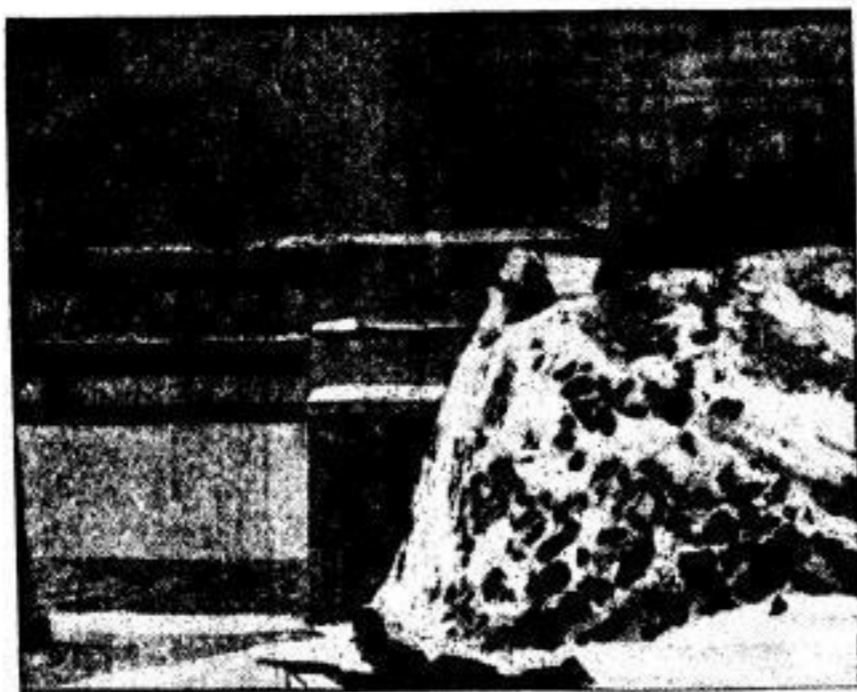
Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigt sich am Dienstag mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage. Die nächste Sitzung der Gesamtkonferenz findet Donnerstag, den 11. Februar, nachmittags 4 Uhr, statt.

Machonab erkrankt. Der englische Ministerpräsident ist am grünen Stroh erkrankt und wird sich operieren lassen. Infolgedessen dürfte er sich kaum der 14. Tagen zur Abdrückungskonferenz nach Genf begeben können. Man rechnet hier damit, daß frühe eine Reise des deutschen Reichskanzlers nach Genf ebenfalls nicht in Frage kommt.

Krieg von der Mandschurei bis Kanton



Karte Chinas Die von den Japanern besetzten oder bedrohten Hauptorte sind unterstrichen. Rechts: Japanische Schiffsflotten bedecken einen Großteil des Ostmeeres auf dem Vormarsch in der Mandschurei.



Japanische Kriegsschiffe bombardieren die Festung, um die Landung der japanischen Truppen zu sichern.

Artilleriekampf in Shanghai

Woh. Shanghai, 3. Februar. (Associated Press), 8.55 Uhr örtlicher Zeit. Heute vormittag hat in Shanghai ein Artilleriekampf zwischen Japanern und Chinesen begonnen.

Angriff der Japaner auf die Wufung-Forts

Woh. Shanghai, 3. Februar. Die japanischen Streitkräfte haben um 11.30 Uhr vormittags östlicher Zeit zu Lande und zu Wasser einen Angriff auf die Wufung-Forts begonnen. Gegen

Waffenstillstand in Nanjing?

Woh. Nanking, 3. Februar. (Reuters.) In einer Konferenz, die hier chinesische Beamten, der japanische Konsul und der japanische Marinebefehlshaber gestern nachmittag an Bord eines japanischen Kriegsschiffes hatten, erregte man sich über die Möglichkeit eines Waffenstillstandes in der Stadt, doch keine Partei sei bereit, außer wenn sie angegriffen wird. Der Belagerungszustand ist über die Stadt verhängt worden.

Die Abrüstungskonferenz eröffnet

T. Genf, 2. Februar. (Eig. Drahtb.)

Unter gewaltigem Andrang von Diplomaten, Publikum und Presse wurde am Dienstag nachmittag um 4.30 Uhr die Weltabrüstungskonferenz von ihrem Präsidenten Henderson eröffnet. Durch die kurz vorher erfolgte Dämpfung des japanischen Angriffsgewisses in der Sitzung des Völkerbundesrates wurde die feierliche Stimmung unterstrichen. Allgemein wurde das schwerwiegende Ergebnis dieser Ratssitzung als ein günstiger Auftakt für die Konferenz bewertet, gegen die seit Wochen ein immer härteres Trommelfeuer von Kriegshetzern und Falschmeldungen vorgenommen worden war.

Arthur Henderson ergriff sofort das Wort zu seiner eindrucksvollen Eröffnungsrede, in der er u. a. ausführte:

„Wir sind an einem historischen Augenblick angekommen. Die Konferenz selbst ist ohne jede Vorrede. Ihre Delegierten sind über 1700 Millionen Menschen. Es ist die wichtigste internationale Versammlung, die seit Kriegesende abgehalten wurde. Niemals fand eine Konferenz statt, deren Aufgabe bringender und für die Menschheit nützlicher gewesen wäre. Diese Aufgabe besteht aus drei Teilen: 1. Wir müssen zu einem gemeinsamen Abkommen gelangen für ein wirksames Programm, das schnell eine fühlbare Verminderung und eine Begrenzung sämtlicher nationalen Rüstungen sichert. 2. Wir müssen feststellen, daß keine Rüstung diesem Vertrag entgegensteht, durch den sämtliche vertretbaren Staaten sich als gleichberechtigtes Ziel setzen müssen die Bekämpfung der Weltabrüstung. 3. Wir müssen die dauernde Fortsetzung unserer Anstrengungen auf diesem Gebiet hin sichern, ohne in irgendeiner Weise die ganze Wichtigkeit der glücklichen Resultate unserer fortwährenden Bemühungen abzuschwächen. Endlich ist zu beschließen, gleiche Konferenzen abzuhalten in verständnisvoller kurzen Abständen.“

Der Abschluß eines so weitgehenden internationalen Vertrags wirkt das ganze Problem von Frieden oder Krieg auf. Jedes Volk will vor Angriffen sicher sein. Diese Bestrebungen sind die Hauptgründe für die Aufrechterhaltung der Rüstungen in der ganzen Welt. Aber die Existenz der Rüstungen war an sich eine dauernde Quelle der Furcht und des gegenseitigen Verdachts, die das internationale Leben vergifteten, den Friedenswillen unterdrückten und die Nationen immer und immer wieder zum niedrigen Lauf zu den Waffen getrieben haben. Die moderne Geschichte liefert einen unüberleuglichen und überzeugenden Beweis von der Falschheit des Prinzipes, nach dem die Sicherheit einer Nation proportional der Stärke ihrer Rüstungen sei. Die lebenden Generationen erkennen mehr und mehr, daß keine schwerere oder sicherere Bestimmung für den Frieden und die Sicherheit existiert, als die Aufrechterhaltung der furchtbaren Rüstungen. Wir müssen den fehlerhaften Kreislauf brechen, von dem die Völker wieder erlangt zu werden drohen. Das Gefühl der Unsicherheit führt zur Erhöhung der Rüstungen. Es verleiht dem Gefühl der Unsicherheit, und wenn man den Fiskus nicht brechen kann, dann folgen die Dinge ihrem unvermeidlichen Lauf.“

Henderson erinnerte dann an die gebieterische Verpflichtung aus dem Völkerbundsvertrag, schiederte in ausführlicher Darstellung die Bemühungen des Völkerbundes um die Entwicklung der Kriegsverhütung, Erhöhung der Sicherheit, Ausweitung der Schiedsgerichtsbarkeit und alle politischen und technischen Vorbereitungen der Konferenz. Seine Rede fand lebhaften Beifall.

„Die Welt verlangt Abrüstung“

T. Genf, 2. Februar. (Eig. Drahtb.)

Im weiteren Verlauf seiner Eröffnungsrede zur Abrüstungskonferenz führte Henderson aus:

Der vorläufige Konventionstext der vorbereitenden Abrüstungskonferenz sei ein Rahmen von Methoden und Zielen, dessen praktische Tragweite von der Konferenz bestimmt werden müßte. Die Konferenz sei vollkommen frei, jeden anderen Text oder Vorschlag zu prüfen, und er fordere alle Delegationen auf, konstruktive Vorschläge auszuarbeiten. Alle Probleme und Schwierigkeiten politischer, wirtschaftlicher und technischer Art müßten behandelt werden. Gerade die Mühseligkeit auf die Wirtschaftspolitik sei evident. Die finanziellen Kosten der Rüstungen seien eine ihrer Hauptursachen. Eine mittlere Summe sei schwer zu nennen, aber nach den vorläufigen Berechnungen des Völkerbundes betrüge sie mindestens 10 Milliarden

vier Milliarden Dollar jährlich für Rüstungen ausgegeben. „Die Welt verlangt die Abrüstung“, so schloß Henderson.

„In unserer Nacht liegt es, die Geschichte der Zukunft gestalten zu helfen. Jeder allen technischen Kombinationen bezüglich Truppenzahl, Kanonen und Tonnen steht das Wohl der Menschheit und die Zukunft unserer Zivilisation. Die Menschheit hofft, durch unsere Arbeit von der Drohung befreit zu werden, die immer die Aufrechterhaltung von enormen nationalen Rüstungen für Frieden und Sicherheit bedeutet.“

Ich weigere mich selbst, an die Möglichkeit eines Rückfalls zu denken, da niemand dessen vorherzusehen kann. Genaß was aber sicher, daß die Welt wieder in ein gefährliches Rüstungswettrennen verfallen würde. Sind wir bereit, unsere Bemühungen zu vereinen, um die Gelegenheit zu ergreifen und den Völkern einen neuen Abschnitt der Geschichte zu eröffnen, zu dem Frieden und der Zusammenarbeit?

Was dann wird jedes Volk die Freiheit haben, sein Leben zu leben, ohne Ungerechtigkeit, Angriffe, Unterdrückung oder Krieg fürchten zu müssen.“

Die mutige Rede Hendersons wurde von den Delegierten mit noch mehr als stürmischen Beifall quittiert. Henderson ermahnte darauf Katta, Schwyz, zum Ehrenpräsidenten der Konferenz. Sofort wurden die drei Kommissionen für die Geschäftsabwicklung, Prüfung der Vollmachten und Petitionen gebildet. Am Sonnabend wird sich vorwiegend eine Vollversammlung mit den bis dahin durchgearbeiteten Petitionen befassen.

Kort mit Kriegsschulden u. Reparationen

S. London, 3. Februar. (Eig. Funk.)

Die englische Regierung ließ am Dienstag im Parlament erklären, daß als Ziel der englischen Politik eine möglichst umfassende und endgültige Regelung der Reparations- und der Kriegsschuldenfrage zu gelten habe.

Die englische Regierung glaube, so führte der Schatzkanzler weiter aus, daß sich dieses Ziel am besten durch Streichung von Kriegsschulden und Reparationen erreichen lasse. Die Regierung habe der Verschiebung einer mit der Aufgabe der Regelung der Kriegsschulden und Reparationsfrage betrauten Konferenz auf Mai oder Juni zugestimmt, weil sich herausgestellt habe, daß der Augenblick für die Abhaltung einer solchen Konferenz nicht günstig sei. Der Vorschlag einer vorläufigen Vereinbarung über das am 1. Juli nach Ablauf des Hoover-Moratoriums beginnende Jahr, das inzwischen England und Frankreich differtiert worden sei, habe keinen Erfolg gehabt und es werde sich wohl als das beste herausstellen, die ganze Frage der Konferenz zur Regelung zu überlassen.

Die Kleinfiedlung

Der Reichskommissar für die vorläufige Kleinfiedlung hat in folgenden Städten neue Kleinfiedlerstellen ermöglicht: Arnstadt (Thür.) 50, Dresden 200, Ebersbach i. Sa. 24, Eising 110, Niska i. Sa. 90, Weismig (Stadt und Land) 100, Wolke 50, Lössau i. Sa. 24, Oibersdorf (Rittau) 24, Seiffenwerder (Rittau) 24, Seefeld b. Bremen 70; insgesamt 666.

Außerdem hat der Reichskommissar Kleingartenstellen in folgenden Städten ermöglicht: Altona (Elbe) 400, Bonn 848, Brandenburg (Pavel) 180, Burg (Ostpreußen) 140, Flensburg 811, Halle (Saale) 666, Hannover Stadt 1804, Osterloh 120, Riegnitz 264, Lübeck 400, Merseburg 100, Reichsbach (Eulengebirge) 100, Rendsburg 58, Senftenberg (Niederlausitz) 100, Serritz 485, Walzenburg (Schlesien) 160, Wuppertal 287; insgesamt 6666.

Bei günstiger Witterung ist mit der baldigen Errichtung der bewilligten Kleinfiedlerstellen und der Anlage der Kleingärten zu rechnen. In einer Reihe von Städten ist bereits mit den Vorbereitungen begonnen worden.

Kommunistische Seite

Hannover, 3. Februar. (Eig. Drahtb.) Die KPD in Hannover ist pleite. Sie hat ihr Parteihaus schließen und den Bankrott erklären müssen. Gegen die Verantwortlichen ist Haftbefehl zur Leistung des Offenbarungseides angeordnet worden. Dasselbe ist der Fall bei dem Gauführer der Hitler-Jugend.

Letzte Nachrichten

Die wachsende Front

Berlin, 3. Februar. (Eig. Funk.) In 23 Rundgebungen reichten sich am Dienstag die Arbeiter, Beamten und Angestellten der Verwaltungen der Stadt Berlin in die Eisernen Front ein. Der Aufmarsch war überall imposant und oft von überwältigender Macht.

Ein Film der Eisernen Front

rs. Paris, 3. Februar. (Eig. Drahtb.) Von Mittwoch an wird in sämtlichen französischen Kinos ein Sprechfilm mit Ausführenden des Führers der Eisernen Front, Hitlermann, laufen. Am gestrigen Dienstag fand vor Pressevertretern die erste Aufführung statt. In dem Sprechfilm erklärt Hitlermann: „Die Deutschen haterlich wird, mühten sich die Republikaner erst für die Freiheit. Die ergriffen jetzt die Offensive. In drei Wochen veranstalten wir mehr als 3000 Versammlungen. Wir erhalten überall die begeistertsten Zustimmungserklärungen. In ganz Deutschland schart man sich um unsere Fahne, acht Millionen Deutsche antworteten bereits auf unsere Aufrufe. Die Eisernen Front umfaßt alle republikanischen Gruppen, Arbeitergewerkschaften, das liberale Bürgertum, Frauen und Männer aller Parteien, die ganz von dem Willen erfüllt sind, dem Faschismus den Dorn zu verpassen. Was war und unsere Intention vor, damit es jetzt zu Ende. Dieser hatte Hitler die Initiative ergriffen, die nun uns zukommt. Die Eisernen Front wird den Gang der Ereignisse diktiert, aber im Ausland darf man nicht forscheren, für Hitler Kesseln zu machen, die er übrigens nicht verdient und die er nur dazu benutzt, um zu erklären: „Ich lebe, daß man nur noch mit mir rechnet.“ Was jetzt an muß man mit der Eisernen Front rechnen. Wir sind für Frieden und Gerechtigkeit, denn die Republik bedeutet für uns den Frieden.“

Unterhaltungen in einer Detektivkassette

Niederwürstlich, 3. Februar. Wie gemeldet, hat sich am Sonnabend mittag der Geschäftsführer der heiligen Detektivkassette, Weidlich, erschossen. Wie jetzt bekannt wird, soll der Grund zur Tat in Intrigenmachereien zu suchen sein, die sich Weidlich ausgedacht haben lassen. Die Höhe der Unterhaltungen ist noch nicht bekannt. Er war vor kurzem zum Direktor der Detektivkassette Gruna bei Chemnitz gewählt worden und sollte diese Stelle am 1. Februar antreten. Am Sonnabend sollte die Rollenübergabe stattfinden. Kurz vor Antritt der Prüfungskommission erhob sich Weidlich.

Berliner Produktenbörse vom 2. Februar

1. 2.		2. 2.	
(ab märkische Station in Markt)		(ab märkische Station in Markt)	
Weizen	239-241 241-243	Weizenmehl	29.00-32.75 29.00-38.00
Roggen	198-200 198-200	Roggenmehl	27.50-29.75 27.50-29.75
Wasserbrot ..	168-168 168-168	Weizenkleie	9.60-10.00 9.60-10.00
Futter- u. In-		Roggenkleie	9.60-10.00 9.60-10.00
baufertige Getreide	163-167 163-167		
Hafer	148-146 138-146		

Handelsrechtliche Lieferungsnotiz vom 3. Februar.
Weizen März 25 1/2 - 25 1/4 (Portag 258 - 257), Mai 26 1/2 - 26 1/4 (263 1/2 - 264 - 263 1/4). - Roggen März 2 1/4 (205 1/2 - 204 1/2), Mai - (212 - 211). - Hafer März 156 - 153 1/2 Brief (-), Mai 164 - 164 Brief (165 1/2 - 166).

Wasserstände der Eger, Elbe und Moldau

Eger		Elbe		Moldau	
Wasser	3. 2.	Wasser	3. 2.	Wasser	3. 2.
Moldau, Kommit	+ 35 + 33	Elbe, Wittenberg	+ 8 + 4	Wasser, ...	+ 26 + 27
Moldau, Wittenberg	+ 32 + 31	Elbe, Vertriebs	+ 26 + 27	Wasser, ...	+ 16 + 16
Wasser, ...	+ 8 - 1	Elbe, ...	+ 26 + 27	Wasser, ...	+ 16 + 16
Wasser, ...	+ 11 + 10	Elbe, ...	+ 16 + 16	Wasser, ...	+ 16 + 16
Wasser, ...	- 21 - 17	Elbe, ...	+ 16 + 16	Wasser, ...	+ 16 + 16

Wettervorhersage für den 4. Februar

Wenig Veränderung des Wettercharakteres, vorübergehend etwas Vermehrung des Nebels, wolfig bis zeitweilig aufhellend, normierender trocken, Vereisung noch möglich. Stellenweise Schneefälle. Im Gebirge anhaltend leichter Frost, Abland teilweise über, teils etwas unter Null. Schwache bis mäßige Winde aus nördlichen bis westlichen Richtungen.

Dresdner Kalender

Theater am 4. Februar

Opernhaus
(20) Jura: H. Eugen Orngin. ...
Schauspielhaus
(20) Jura: H. Eugen Orngin. ...
Die Komödie
(20) Jura: H. Eugen Orngin. ...
Alberttheater
(20) Jura: H. Eugen Orngin. ...
Stadtheater
(20) Jura: H. Eugen Orngin. ...
Sentraltheater
(20) Jura: H. Eugen Orngin. ...

Hundert Jahre Stadtverfassung

Ein Kapitel Dresdener Verfassungsgeschichte

Am 2. Februar dieses Jahres ist gerade ein Jahrhundert verflossen, seit die durch die sächsische Ständeversammlung nach langen Vorbereitungen im Jahre 1831 geschaffene allgemeine Städteordnung für das Königreich Sachsen in Kraft getreten ist. Sie war ein bewußtes und befreitendes und ganz besonderes Bedeutung, als sie zum ersten Male das

Recht der Gemeindeglieder zur Wahl von Gemeindevertretern oder Stadtverordneten

gesetzlich festlegte. Dieses Recht bestand bis zum Inkrafttreten der allgemeinen Städteordnung noch nicht; besonders war in Dresden, der sächsischen Landeshauptstadt und der Residenz des Landesherren, der Einfluß der Bürgerchaft auf die Geschicke ihrer Stadt außerordentlich gering. Wie im Lande, so führten die sächsischen Fürstentümer, Kurfürsten und Könige auch in ihrer Landeshauptstadt hiesig ein mehr oder weniger persönliches Regiment. Der Rat war viel mehr ein Organ zur Ausführung ihres Willens als des Willens der Bürgerchaft.

Diese Zustände waren schon so alt, wie die ganze Verfassungsgeschichte der Stadt. Bis zum Jahre 1292, in dem zum ersten Male ein Bürgermeister urkundlich erwähnt wird, wurde Dresden von einem markgräflichen Beamten als Vorkaiser geleitet, dem gleichzeitig das Richteramt übertragen worden war. Hierfür übte er sein Amt nur im Sinne des Landesfürsten ohne jede Mitwirkung der Bürgerchaft aus. Später wurde ihm ein sogenanntes gewählener Bürger vom Markgrafen beigeordnet. Das Streben dieser Stadtbehörde nach größerer Selbständigkeit führte schließlich zu dem Erfolg, daß das inzwischen verfallene Schloß zum Sitz eines besonderen Vorkaisers und Geschäftsführers für die Verwaltungsangelegenheiten, einen Bürgermeister, erhielt. Die Ernennung des ersten solchen Bürgermeisters erfolgte völlig unter dem Einfluß des Markgrafen. Auch die späteren Bürgermeister mußten vor Eintritt ihres Amtes vom Landesfürsten bestätigt werden.

Die ersten Dresdner Bürgermeister scheinen immer längere Zeit im Amt geblieben zu sein. Später wurden jedoch fast des öfteren in der Regel drei Bürgermeister aus der Ratshörerschaft gewählt, die ihre Ämter aber nicht wie heute nebeneinander, sondern im regelmäßigen dreijährigen Wechsel nacheinander ausübten. Demzufolge gab es neben dem „regierenden“ noch einen „ruhenden“ und einen „abwesenden“ Bürgermeister. Dieser besonderte dem Ende des 14. Jahrhunderts geübte Brauch fand dann seinen Niederschlag in der

Rechtsordnung vom 5. Januar 1470

so also kein neues sächsisches Verfassungsrecht schuf, sondern nur ein altes Verkommen gesetzlich festlegte. Die Bürgerchaft hatte auf die Wahl des Rates und der Bürgermeister keinen Einfluß, seine Kandidatur wählte aber ergänzte immer die nächste. Die Rechtsordnung von 1470 war infolgedessen von besonderer Bedeutung, als sie das Führen der Ränke nach Beteiligung an der Stadtverwaltung wenigstens teilweise beschrieb. Auch die

Rechtsordnung vom Jahre 1517

schaltete die dreifache Befugnis des Bürgermeisteramtes, die dann zur Einführung der allgemeinen Städteordnung beibehalten wurde. Somit brachte jedoch diese neue Rechtsordnung eine erhebliche Einschränkung der Bürgerchaft. Vor allem trug sie dem Bürgermeister die Befugnisse der Ränke nach dem Bestehen ihres Wahlbestimmungsrechtes über die sächsischen Angelegenheiten und nach anderer Anteilnahme an der Leitung der Stadtverwaltung mehr als ihre Vorgängerin Rechnung.

In Sachsen galt bis vor hundert Jahren die alte Ständeversammlung, durch die nur dem Adel, der Geistlichkeit und den Städten eine beschränkte Mitwirkung an der Staatsverwaltung zufließen durfte. Der Landesfürst regierte, abgesehen von dieser Beschränkung, so gut wie unumschränkt. Trotzdem gelang es den Ständen nach und nach, einen gewissen Freiheitsbereich zu erobern. Sie brachten ihren Willen auf den Landtagen zum Ausdruck, auf denen auch die Städte vertreten waren. Verschlüsse, die auch für die Landesherren bindend waren, konnten die Stände allerdings nur fassen, soweit es sich um die Aufhebung neuer Steuern und die Erhebung von Steuern handelte. Das sicherte ihnen aber immerhin einen starken Einfluß auf die Geschicke des Landes, um so mehr, als sie die Steuern immer nur auf eine beschränkte Zeit bewilligten. Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts, nach dem Beschluß des Landtags zu Grimma im Jahre 1451, nahmen sie sogar die Vereinnahmung und Verwaltung der Steuern selbst in die Hand. Durch die zunehmende Mächtigwerden ist dann freilich der Selbständigkeitskreis der Stände auch in Sachsen wieder etwas eingeschränkt worden.

Immerhin hat sich diese alte Ständeversammlung in Sachsen länger als in anderen Staaten erhalten. Den Todesstoß erhielt sie erst, als die Pariser Julirevolution vom Jahre 1830 auch in Deutschland zu wirken begann. Unter dem Druck der

Septemberevents in Leipzig und in Dresden

liberte die Regierung noch im Jahre 1830 dem Volke eine Verfassung zu. Am 1. März 1831 gelangte der Verfassungsentwurf zur Ständeversammlung, und am 4. September 1831 wurde er in Kraft gesetzt. Der alte Ständestaat war damit in Sachsen durch den Verfassungsschritt überwunden.

Diese Annäherung konnte auf die sächsischen Städte und Gemeinden nicht ohne Wirkung bleiben. Schon unmittelbar nach dem Freiheitskriege, im Jahre 1816, war in Dresden neben dem Rat ein Kreis von Stadtverordneten zur Vertretung der Bürgerchaft gebildet worden, der durch ernannte Wahlgehilfen ergänzt worden war und bis 1821 bestanden hat. Diesen Stadtverordneten folgten 1830 die Kommunalrepräsentanten. Die Verordnung zu ihrer Wahl, die unmittelbar durch die Einwohnerchaft am 14., 15. und 16. Oktober 1830 erfolgte, war unter dem Druck der Septemberevents von der „Kommission zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ erlassen worden, die die Landesregierung für die Landeshauptstadt eingesetzt hatte. Diese Kommission der Kommunalrepräsentanten, die neben dem Rat, der auf sein altes Vorrecht der freien Finanzverwaltung verzichten mußte, weitgehenden Einfluß auf die Stadtverwaltung erhielt, wurde unmittelbar

Vorgängerin der Stadtverordnetenversammlung

Was zunächst unter dem Druck der Verhältnisse auf dem Verordnungswege bestimmt worden war, erhielt Gesetzeskraft durch die

Städteordnung für das Königreich Sachsen vom 2. Februar 1832

die Verfassung der sächsischen Städte auf eine durchaus neue Grundlage stellte und auch in der Landeshauptstadt den Einfluß der Bürgerchaft auf die Zusammensetzung des Rates und auf alle kommunalen Angelegenheiten erheblich steigerte. Sie bedeutete den eigentlichen Ausgangspunkt der konstitutionellen Stadtverwaltung, gewährt sie doch dem zu wählenden Stadtverordnetenkollegium sogar das Recht der Wahl des Rates,

4 ausweichende Wahlgewaltigkeiten werden aus 1 Palet (18 Fig.)

Julius-Zwinn

11 100

der damals für Dresden auf 18 Mitglieder, nämlich einen Bürgermeister, 5 befristete und auf Lebenszeit gewählte und 12 ehrenamtliche und auf Zeit gewählte Stadträte, festgesetzt wurde. Die Städteordnung bestimmte für die sächsischen Stadtgemeinden die Einheit des Gemeindebezirks, die Repräsentation der Stadtgemeinden in allen Gemeindeangelegenheiten durch selbstgewählte Vertreter gegenüber dem Stadtrate, die Verwaltung des Gemeindefens durch ein von der Stadtgemeinde selbstgewähltes Administrationsorgan, den

Stadtrat, unter Kontrolle der Repräsentanten der Stadtgemeinde, also der Stadtverordneten

die selbständige Verwaltung des Gemeindefens und die Trennung der Verwaltung von der Rechtspflege und denjenigen obligatorischen Funktionen, die dem Stadtrat als Organ der Staatsgewalt übertragen sind.

Es dauerte allerdings noch fünf Jahre, bevor auch in der Landeshauptstadt Dresden diese neue Städteordnung wirksam wurde. Dann erst wurden nach allerlei Verzögerungen am 18. und 17. Januar 1837 die Wahlmänner durch die wohlberechtigten Bürger und am 18. März 1837 die ersten Stadtverordneten durch diese Wahlmänner gewählt, und am 11. Mai 1837 trat das neue Kollegium zum ersten Male zusammen. Der Städteordnung vom 2. Februar 1832 folgte schließlich die sächsische Landgemeindeförderung vom 7. November 1834.

Dank der Städteordnung vom 2. Februar 1832 entwickelte sich in den sächsischen Städten ein reges kommunales Leben. Aus ihm erwuchs der Drang nach einem weiteren Ausbau der Gemeindeverwaltung, der zum ersten Male durch den von der Zweiten Kammer des Landtags vom 1869/70 angenommenen Antrag auf Vorlage einer für Städte- und Landgemeinden bestimmten Gemeindeordnung nach festumrissenen Grundzügen dem Reichstag zur Verfügung kam. Auf Grund dieser Forderungen ließ die Regierung am 8. Januar 1872 der Zweiten Kammer drei Gesetzentwürfe einer Reichlichen Städteordnung, einer Städteordnung für mittlere und kleine Städte und einer Reichlichen Landgemeindeförderung zu-

gehen. Aus den Verhandlungen in der Zweiten und der Ersten Kammer des Landtages gingen die beiden

Städteordnungen und die neue Landgemeindeförderung vom 24. April 1873

hervor, durch die dem Verlangen nach größerer Selbständigkeit der Gemeinden in einer für die damalige Zeit weitgehenden Weise Rechnung getragen wurde.

Die sächsische Reichliche Städteordnung vom 24. April 1873 trennte u. a. vollständig die innere Verwaltung von der Rechtspflege an der untersten Stelle und vereinigte den Rechtsgang. Die ortsgesetzliche Regelung erhielt größeren Spielraum. Das Stimmrecht für die Stadtverordnetenwahlen wurde unmittelbar und geheim, auch annähernd allgemein und gleich. Die Wählbarkeit blieb jedoch an die frühere Klassen-einteilung gebunden. Für die Wahl der leitenden Beamten ermöglichte das neue Gesetz den größeren Städten wenigstens eine sechs- bis zwölfjährige Probezeit unter gleichzeitiger Einschränkung des staatlichen Befähigungsrechtes. Auch die Polizeiverwaltung wurden den größeren Städten innerhalb bestimmter Grenzen übertragen.

Die Revolution vom 9. November 1918

brachte dann durch die Verordnung vom 28. November 1918 wie im Reich und in den Ländern so auch in den Gemeinden mit einem Schlag die Einführung des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts nach dem Verhältniswahlsystem für alle über 20 Jahre alten Deutschen herbei. Dieses Wahlrecht, das auch in Dresden das Wahlbestimmungsrecht über die Verwaltung und die Geschicke der Stadt auf alle erwachsenen Einwohner ausdehnte, bildet auch die Grundlage der

Gemeindeförderung für den Kreis Ost- und Westsachsen vom 1. August 1923

und für die Abänderung dieser Gemeindeförderung durch das Gesetz vom 15. Juni 1925, die heute für die kommunale Arbeit in Sachsen maßgebend ist.

Es ist ein weiter Weg, den die Stadtverfassung seit der Einführung des ersten Bürgermeisters bis zur heute gültigen Gemeindeförderung in Sachsen zurückgelegt hat. Abgesehen von dem Rückfall, den die Gemeindeförderung von 1923 durch ihre Abänderung von 1925 erfuhr, ist aber dieser ganze lange Weg ein ständiger Aufstieg zur Selbstverwaltung und zum weitest gehenden Mitbestimmungsrecht der Einwohner gewesen.

Baül Barthel

Dresdner Chronik

Eiserne Front

Nun endlich, endlich ist Deutschland erwacht. Doch anders, als es sich Hitler gedacht und die Söldner der Schlotbarone. Gen Hakenkreuz und gen Hillergeschrei, gen bübischen Mord und gen Schmutzerei formieren sich Bataillone.

Wir haben ihr freches Falschspiel durchschaut. Sie haben auf unsre Geduld gebaut mit alles vergiftendem Hohne. Nun ist die Zeit der Geduld vorbei! Die Eiserne Front schließt Reih um Reih in Eiserne Bataillone.

Die Eiserne Front für die Republik! In unseren Händen liegt das Geschick all derer, die darin wohnen. Und wer uns bedroht, und wer es sei, wir stehen zum Kampf, wir sind dabei mit unseren Bataillonen.

Robert Kurt

Der Albertplatz wird ungefährlich

Errichtung neuer Straßenbahnhaltestellen

Die feinerzeit nach dem Umbau auf dem Albertplatz angeordnete Regelung der Straßenbahnhaltestellen hat sich bewährt. Es sind im Gegenteil sehr viel weniger dieser Haltestellenanordnungen auf den Plan getreten, die mit Recht betont, daß der an sich vom Standpunkt der Gefahrenminderung angeordnete Haltestellenanordnung in Wirklichkeit wieder große Gefahren für alle jene Leute mit sich brachte, die gerannt waren, auf dem Albertplatz umzufragen. Nunmehr soll das geändert werden. Die jetzt teilweise unbenuzten Rettungsstellen erhalten wieder Barre stellen. Die halbtägigen fahrende 7 wird also künftig wie jetzt am Hochhaus halten, dann aber auch an der Rettungsinsel gegenüber dem kleinen Schalthauschen. Ebenso werden auch die Bahnen im Zuge Antonstraße — Dampfer Straße am Albertplatz halten. An dieser Stelle soll übrigens noch, zunächst provisorisch, eine Rettungsinsel errichtet werden, die den Fahrgäubern vor dem Albertplatz im Zuge der Dampfer Straße regelt. Damit wird eine Forderung erfüllt, die wir schon mehrfach erhoben haben. Durch Vermehrung der Haltestellen im Bereich des Albertplatzes wird von nun an die beim Umfragen bisher nötige Heberquerung der Gleisführungen vermieden. Damit werden die bisher bestehenden Verkehrshemmnisse und -gefahren auf ein Minimum herabgedrückt.

Ein Spielerprozeß

Er begann am Mittwoch vormittag vor dem dritten Gemeinsamen Schöffengericht Dresden, das für die Verhandlung den Unterrichtsaal im Gebäude des Polizeipräsidiums bezog, und zwar mit Rücksicht auf vorzunehmende Experimente, die eine entsprechende elektrische Stromspannung voraussetzten. Angeklagt waren der Kaufmann und Major a. D. Konstantin Raffalovich, Rechtsanwalt a. D. Paul Wukst, Ingenieur Karl Kett, sämtlich in Weiher Siedl wohnend, und der Ingenieur Karl Jarth aus Berlin. Die drei Erstgenannten wurden der Veranstaltung eines öffentlichen Glücksspiels und des Betrugs beschuldigt. Jarth war Wechsler zur Last gelegt. Für Vorführungszeuge stand im Saal die benutzte Spieleneinrichtung bereit, bestehend aus vier Tischen mit den erforderlichen Requisiten.

Der Verhandlung lagen die Gründung und der Betrieb der Kaffinospiele G. m. b. H. zugrunde, deren Geschäftsführer Raffalovich ist. Die Gesellschaft wurde im April vorigen Jahres in Berlin gegründet, mit der Absicht, in deutschen Städten Spiel-einrichtungen zu schaffen. Das von Raffalovich, Wukst und einer Frau eingesetzte Kapital betrug etwa 20.000 M. Die erste Spiel-einrichtung wurde im Rathaus Weiher Siedl aufgestellt, wo man sich für den Zweck eingerichtet hatte. Das Spiel begann Anfang Mai 1931. Als Spielleiter fungierte Raffalovich, Wukst war Kassierer, Kett der Croupier. Für das Spiel diente ein Apparat in der Form eines Rouletts, der zwei sich entgegen gesetzte drehende Scheiben, einen Zahlenrand und einen Aufnahmebecher für die Kugel aufwies. Es handelte sich für die spielenden Spieler darauf an,

nach der Einschaltung des Apparates in den Stromkreis und beim Leuchten roter Lampchen während des Laufens der Kugel die Zahl des Hahnes zu schätzen, in dem die Kugel verbleiben wird. Es konnten auch mehrere Zahlen geschätzt werden, doch erhielt sich dann der Einkauf. Offenbar hängt manderlei von der Dauer des Leuchtens und des Angelaufes ab. Lange hat der Spielleiter mit jenem Apparat nicht gearbeitet. Die Gerätschaften wurden bereits am 11. Juni beschlagnahmt. In der Folgezeit kam ein anderer Apparat zur Verwendung.

Die jetzige Anlage ging davon aus, daß aus dem Spiel durch eine Veränderung am Apparat ein Glücksspiel wurde, wobei die Entscheidung nicht mehr von der Geschicklichkeit des Spielenden abhing. Dazu sollte der Ingenieur Jarth mit herhalten. Nach der Darstellung der Angeklagten war indes alles mit rechten Dingen ausgegangen. Die Verhandlung, für die eine Anzahl Zeugen geladen war, wurde am Donnerstag fort- und die Urteilsverhandlung schließlich auf Montag ausgesetzt.

Nach der nunmehr ergangenen Entscheidung sollen Raffalovich, Wukst und Kett wegen gemeinsamen gemeinsamer Glücksspiels der Nebenfolge nach 5.000 M., 2.500 M. und 200 Strafe zahlen. Jarth wurde wegen Betrugs zu dem Telt zu 400 M. Strafe verurteilt. Als Straf-gehilfen gelten im Fall Raffalovich zwei Weibere, im Fall Wukst ein Weibere und in den beiden letzten Fällen eine Weibere, zwei Weibere Gefängnis. Tateinheit mit Betrug war, wie es sich, trotz erheblichem Verdacht nicht angenommen worden. — Es bleibt ein deutlicher Strafmaßgrund aus der Urteilsabgrenzung anzuführen. Er wurde in dem Umstand gesehen, daß die Kurverwaltung und auch andere Leiter der Kaffinospiele G. m. b. H. weit entgegengekommen seien.

Opfer einer KPD-Parole

Die Verfolgung der bekannnten, auf eine Verletzung der Reichswehr gerichteten Parole der KPD, trug dem Landeshauptmann Richard Hartmann aus Dresden eine zweijährige Freiheitsstrafe ein, auf die ihm allerdings die erlösende Unterhaltungsstrafe mit fünf Monaten und drei Wochen angedreht wird. Hartmann hatte sich am 8. Juli 1931, in einem Lokal in der Kausenstraße in Dresden-Neustadt an einem Gespräch mit einem Zivilisten befindlichen Reichswehrangehörigen betrogen und mit ihm sodann noch zwei weitere Lokale besucht, wobei er ihn mit Wert traktierte. Dabei versuchte er, ihn stimmungsmäßig für die KPD zu gewinnen und forderte ihn auf, von ihm Verletzungsschreibern in Empfang zu nehmen und sie im Kameradschaftsheim unter die dort befindlichen Zeitungen zu mischen und in den Fluren der Kaserne niederzuliegen. Der Angeklagte verteidigte sich damit, daß er den Obergefreiten von vornherein als „Kaffspiel“ erkannt und ihm nun erst recht „die Kude vollgelogen“ habe. Seine Verletzungsschreiben habe ihm dabei nicht vorgelesen; es sei lediglich zwischen ihnen ein politisches Gespräch geführt worden, und auch die Aufforderung zur Verschaffung von Verletzungsmaterial sei von dem Reichswehrmann ausgegangen.

Der Vierte Straferrat des Reichsgerichts hielt aber diese Erklärungen durch die eiblichen Aussagen des Obergefreiten für widerlegt und gelangte, über den auf ein Jahr sechs Monate lauten Strafantrag des Reichsanwalts hinausgehend, zur Verurteilung zu zwei Jahren Freiheitsstrafe. Erstverurteilt wurde dabei auch verurteilt, daß der Angeklagte als Abteilungsleiter der Revolutionären Gewerkschaftlichen Opposition eine besondere parteipolitische Funktion bekleidet hatte und daher besonders genau in die auf Verletzung der staatlichen Reichsmittel gerichteten Ziele der KPD, eingeweiht war. Das gebe auch daraus hervor, daß in seiner Wohnung eine ganze Reihe hochwertigster Schriften vorgefunden wurde.

In den Fahrstuhlschacht gestürzt

Am Dienstag nachmittag gegen 4 Uhr befand sich die auf der Walpurgisstraße 3 wohnende 32 Jahre alte Kaufmannsweibchen Jarth im Hause ihres Bruders, Noskeinsstraße 2a, an verlassene Räume. In ihrer Begleitung befand sich außer dem Weibere des Grundstücks ihre drei Jahre alte Tochter. Am vom ersten in das zweite Stockwerk zu gelangen, wollte man den Fahrstuhl benutzen. Der Hausbesitzer schloß die Fahrstuhltür auf und Frau Jarth ging, in der Annahme, daß sich der Fahrstuhl im ersten Stockwerk befände, voraus. Der Fahrstuhl befand sich aber im zweiten Stockwerk, so daß Frau Jarth mit ihrem Kinde in den Schacht stürzte. Nach Bergung der Verunglückten durch die Feuerwehr erfolgte die Überführung nach dem Friedrichshäuser Krankenhaus. Während die Verletzungen der Frau erheblich sind, scheinen die des Kindes verhältnismäßig leicht zu sein. Die Untersuchungen über diesen Unfall vor allem darüber, auf welche Weise sich überhaupt die Fahrstuhltür im ersten Stockwerk öffnen ließ, obwohl der Fahrstuhl selbst im zweiten Stockwerk war, sind noch im Gange.

Nazi-Verleumder am Branger

Eine scharfe Ministererklärung gegen das faschistische Verleumdergeland - Die SPD. fordert umfassende Hilfsmaßnahmen für Siedler und Neubausmieter - Bankfusion und Autotrust

Bei Beginn der gestrigen Landtagssitzung verabschiedete der Minister des Innern, Richter, Nazi-Studentenfowski ein paar recht kräftige, aber sehr wohlverdiente Ohrfeigen. Nazi-Studentenfowski hatte unsere Genossen Ministerialdirektor Mittel und Ministerialrat Maier in der vorigen Sitzung in der gemeinsten Weise beschimpft und verleumdet, indem er sie als offensichtlich unsaubere marxistische Elemente bezeichnete. Richter stellte fest, daß zu einem derartigen Anwurf auch nicht der geringste Grund vorhanden sei. Das Auftreten Studentenfowskis ist nicht nur kennzeichnend für die besondere „Struktur“ dieses Herrn, sondern überhaupt für die Methoden der Nazis, die gewohnt sind, strupflos den politischen Gegner zu verleumden, in der Hoffnung, daß doch etwas hängenbleibt.

Wenn die sächsischen Nazis ein so starkes Bedürfnis hätten, der Korruption nachzuspüren, wo sie wirklich zu suchen ist, so hätten sie sich lieber mit dem Fall des Regierungsobermedizinalrats Dr. Herfisch, des Bruders ihres Freundes, des Direktors des Oberverwaltungsamtes, Herfisch, beschäftigen müssen. Genosse Partsch hatte in der vorigen Landtagssitzung vorgebracht, daß dieser Mann für seine Gutachterstätigkeit bei den Spruchkammern des Oberverwaltungsamtes 14 000 M. bezogen habe. Minister Richter mußte gestern bestätigen, daß diese Behauptung richtig ist. Auch wenn nicht nachgewiesen werden könnte, daß der Herr Obermedizinalrat seine schönen Einnahmen dem Bruder Direktor verdankt, so bliebe die Sache ein ungeheurer Skandal, denn der Herr Obermedizinalrat ist glücklicher Besitzer einer Pension — und trotzdem läßt er sich durch staatliche Stellen eine derartig hohe Einnahme zuschanzen. Ist der Herr Obermedizinalrat eine solche Leuchte, daß er als Gutachter durch andere Beamte nicht zu ersetzen gewesen wäre, die nicht pensionierte Beamte sind?

Dann kamen sozialdemokratische Anträge zur Sprache, die eine Besserung der Lage der Neubausmieter bezweckten, und Genosse Güttler wies mit Nachdruck darauf hin, in welcher schwierigen Lage gerade diese Neubausmieter geraten seien. Der Minister Richter gab zu, daß die Senkung

der Neubausmieten ungenügend sei und daß eine durchgreifende Regelung durch das Reich erforderlich gewesen wäre. Die sozialdemokratischen Anträge, die Erleichterungen für die Neubausmieter verlangen, wurden angenommen.

Bei der Beratung der Vorlage über die Verschmelzung der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt und der Staatsbank forderte Genosse Müller vor allem, daß jeder Abbau der Tarifangestellten unterbleibe, solange nicht der Leitungsapparat verkleinert und ein weitgehender Abbau der Bezüge der leitenden Personen durchgeführt sei. Nach den Zahlen, die Müller vortrug, scheint bei der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt für die Herren Direktoren usw. des Guten reichlich zuviel getan zu sein, und der Finanzminister wird möglicherweise allerhand zu tun haben, um die notwendige Bereinigung bei der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt herbeizuführen. Erledigt wurde die Vorlage, die an den Ausschuss ging, gestern noch nicht.

Dann gab es noch eine Debatte wegen der Uebernahme der Staatsbürgerschaft für den sogenannten sächsischen Autotrust. Unsere Redner Krausch und Geiser stellten in Aussicht, daß unsere Fraktion für die Vorlage eintreten würde, weil sonst die Gefahr bestehe, daß 3000 bis 4000 Arbeiter arbeitslos würden. Die Kommunisten machten sich die Geschichte wieder sehr bequem. Ihr Redner erklärte, die Vorlage wird abgelehnt, die Arbeiterschaft müsse zur Enttarnung der Petrie übergehen. So dumme sind natürlich die Kommunisten auch nicht, als daß sie nicht wüßten, wie wenig mit einer solchen Stellungnahme den Arbeitern gedient ist, die von der Gefahr der Arbeitslosigkeit bedroht sind. Die SPD-Leute verließen sich darauf, daß die Sozialdemokratie tut, was im Interesse der Arbeiterschaft nötig ist, und dann schimpfen sie um so mehr über den Hauptfeind, der wieder einmal elenden Klassenverrat begangen habe.

und Gehaltsabbau, durch Kurzarbeit oder gar Arbeitslosigkeit ist der Mietanteil am Arbeitseinkommen dieser Kreise in Deutschland untragbar gesteigert worden. In gleichem Maße hat sich die Lage der Siedler verschlechtert. Es besteht die größte Gefahr, daß diese Leute ihr Eigentum verlieren, weil sie zahlungsunfähig sind. Unser Redner setzte sich dann mit allem Nachdruck für

die Forderungen des Allgemeinen Sächsischen Siedlerverbandes

ein, unter denen die grundsätzliche Befreiung der Siedlungen von der Grundsteuer, der Befreiung aller Mietzinsanteile für Mietzinssteuerbarleben, die Herabsetzung der Tilgung der Mietzinssteuerbarleben auf höchstens 1 Prozent und die Bildung eines Lastenabbaufonds die wichtigsten sind. Eine alte Forderung der SPD ist auch die, Maßnahmen zur Umwandlung der Neubausmieten zu ergreifen, die mit besonders ungünstigen Hypothekendarlehen belastet sind. Unser Redner wandte sich dann gegen den Verwaltungsvorstand der Rotterordnungsverwaltung, den die öffentlichen Geldinstitute nach der Rotterordnungsverordnung zu erheben berechtigt sind. Dieser ist durch die Rotterordnungsverordnung auf 1/2 Prozent festgesetzt, was aber dem Sächsischen Sparkassenverband noch nicht genügt, denn er empfiehlt seinen Mitgliedern, noch darüber hinauszugehen. Güttler wies mit Recht darauf hin, daß durch diesen Verwaltungsvorstand die Mietpreissenkung wesentlich wieder aufgehoben wird, und schloß mit der eindringlichen Mahnung, eine gesunde Wohnungswirtschaft mit tragbaren Mieten zu treiben. Die Mieten würden aber nicht eher tragbar sein, ehe die Regierung nicht auf dem von uns gekennzeichneten Wege eine starke Aktivität entfaltet. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Minister Richter: Die Regierung erhoffte eine wesentliche Besserung der Lage der Neubausmieter und der Siedler durch die vierte Rotterordnungsverordnung vom 8. Dezember 1931. Diese Hoffnung hat sich leider nicht erfüllt. Wenn die Forderung ausgesprochen wurde, daß durch die Rotterordnungsverordnung eine Mietensenkung von 15 Prozent eintreten würde, so steht das tatsächliche Ergebnis hierzu in starkem Widerspruch. (Hört, hört! links.) Es steht jedenfalls so viel fest, daß

die Senkung der Neubausmieten weit hinter den Erwartungen, meist hinter der Senkung der Mieten von Altwohnungen zurückbleibt.

Das gleiche gilt für die Siedler, denen durch die Zinsenkung auch keine ausreichende Entlastung zuteil geworden ist.

Die angeschnittene Frage ist von solcher Bedeutung für die gesamte deutsche Wohnungswirtschaft, daß hier

eine durchgreifendere Regelung durch das Reich erforderlich

gewesen wäre. Das Reich ist jedoch nicht über die in der vierten Rotterordnungsverordnung enthaltenen Maßnahmen hinausgegangen und hat bisher eine weitere Hilfe nicht in Aussicht gestellt.

In dem ihr gegangenen, naturgemäß engen Rahmen ist die sächsische Regierung gern bereit, über die Rotterordnungsverordnung zu tragen und zu ihrer Besserung beizutragen. Die Regierung trägt sich mit dem Gedanken, dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes zu unterbreiten, durch das die Befreiung von der Grundsteuer auf weitere zwei Jahre ausgedehnt werden soll. Sodann wird eine Anordnung erlassen, nach der die Tilgungssätze für die aus dem Wohnungsbaukredit gewährten Darlehen, die nach Ablauf von fünf Jahren auf 2 Prozent erhöht werden sollte, ebenfalls auf weitere zwei Jahre in der bisherigen Höhe von 1 Prozent belassen wird. Den Gemeinden wird dringend empfohlen werden, dem Beispiel des Staates zu folgen.

Der Kommunist Mühsig machte, wie dies von der SPD. bekanntlich immer zu geschehen pflegt, für die Verschlechterung der Lage der werktätigen Bevölkerung die Sozialdemokratie verantwortlich. Er forderte eine Senkung der Mieten um 30 Prozent. Mit den Volksanwaltschaften des Ministers könne man nicht vorwärts.

Abg. Osterlein erklärte, die Wirtschaftspartei habe immer vor der Siedlungsfrage die öffentliche Hand und vor dem gemeindeeigenen Wohnungsbau gestellt. Der Sozialdemokratie läme es offensichtlich doch auf den Schutz des gemeindlichen Hausbesitzes an, während ihr das Schicksal des privaten Hausbesitzes gleichgültig sei, obwohl nur dieser als Träger künftiger gesunder Wohnungswirtschaft in Frage komme. (Zurufe b. d. SPD.)

Nach weiterer Debatte wurde der sozialdemokratische Antrag einstimmig angenommen.

Weiter fand noch ein Zusatzantrag Wollner (Volkrecht) Annahme, der eine Einwirkung auf die Gemeinden in dem Sinne wünscht, daß die Erbpachtrente für Siedlungsland dem gesunkenen Bodenwert angepaßt, den in Verbindung gerateten Siedlern die Tilgungen der Mietzinssteuerbarleben gestundet werden usw.

Darauf folgt die Beratung der Rotterordnungsverordnung vom 31. Juli 1931 über die Geschäftserweiterung der Sächsischen Staatsbank.

Fortsetzung auf Seite 8

Der gestäubte Studentfowski

Am Dienstag gab im Sächsischen Landtag vor Eintritt in die Verhandlungen

Staatsminister Richter

folgende Erklärung ab:

„In der letzten Plenarsitzung des Landtags hat, was der Regierung erst aus der stenographischen Niederschrift bekannt geworden ist, der Herr Abg. Studentfowski zwei im Arbeits- und Wohlfahrtsministerium tätige Beamte, und zwar Herrn Ministerialdirektor Dr. Mittel und Herrn Ministerialrat Dr. Maier als „offensichtlich unsaubere marxistische Elemente“ bezeichnet. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Was! Teufel!) Diese beleidigende Geringschätzung zweier Beamten weise ich, zugleich im Namen des Herrn Ministerpräsidenten, mit aller Entschiedenheit zurück.“

Von Ministerialdirektor Dr. Mittel ist noch niemals und von keiner Seite behauptet worden, daß er sich irgend einer Pflichtverletzung schuldig gemacht habe. Jeder, der seine unermüdete sächsische Arbeit kennt, wird ihm im Gegenteil seine unbedingte Pflichttreue bestätigen müssen. Wegen Ministerialrat Dr. Maier hat zwar in seiner Eigenschaft als früherer Geschäftsführer der sächsischen Wohlfahrtskassen ein Dienstvergehen auf Dienstentlassung eingeleitet werden müssen, was in seiner ersten Instanz vor der Disziplinarkammer zu seiner Verurteilung mit Verweis und Geldstrafe geführt hat. In der mündlichen Urteilsbegründung ist aber ausdrücklich hervorgehoben worden, daß ihm jeder eigenartige Jwed ferngeliegen habe.

In derselben Sitzung hat der Herr Abg. Partsch gegen den nunmehr im Ruhestand befindlichen Direktor des Oberverwaltungsamtes Dresden, Herrn Geheimen Regierungsrat Herfisch, den schweren Vorwurf erhoben, er habe seine Stellung dazu benutzt, seinem Bruder, dem Regierungsobermedizinalrat Dr. Herfisch, ein Neben-einkommen von etwa 14 000 Mark auszuschanzen. Richtig ist, daß die einzelnen Spruchkammern des Oberver-

waltungsamtes Dresden — die allein sind hierfür zuständig — Herrn Dr. med. Herfisch, der übrigens nicht mehr aktiver Beamter ist, des sferen als Gutachter herangezogen haben, und daß

ihm hierfür im Jahre 1930 über 13 000 M. Gebühren gezahlt

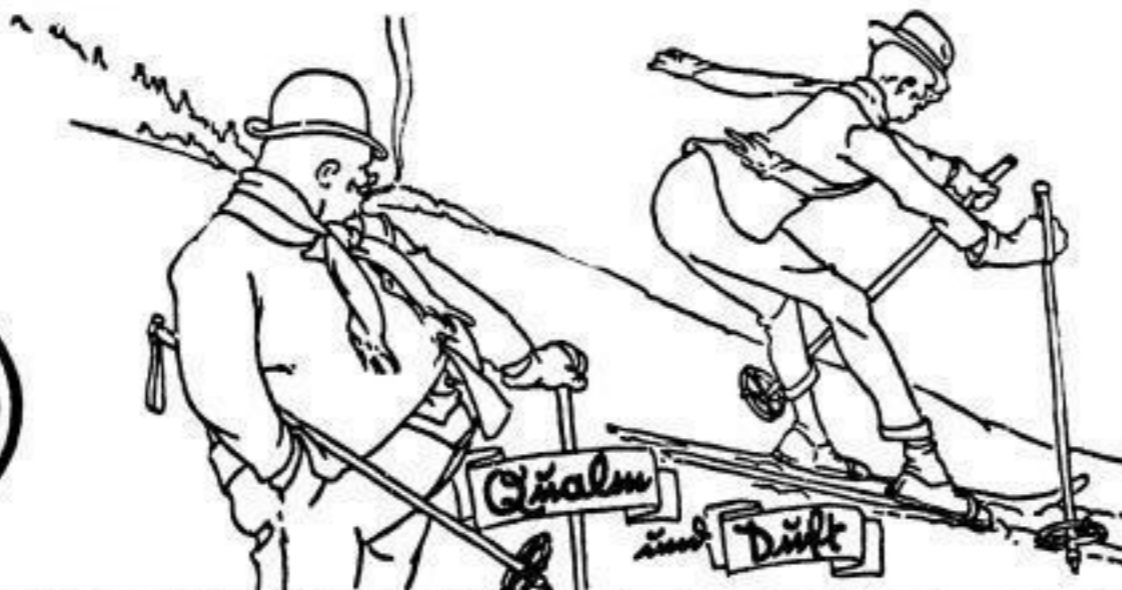
worden sind. Es und insoweit auf die Heranziehung Dr. Herfischs zur Gutachterstätigkeit der Direktor Dr. Herfisch hingewiesen hat, was anzunehmen ich starke Bedenken trage, wird noch erörtert werden. Nach Abklärung der Erörterungen behalte ich mir vor, im Landtag endgültig zur Sache Stellung zu nehmen.“

Wohnungspolitische Forderungen der SPD.

Das Haus wandte sich zunächst der Beratung des sozialdemokratischen Antrages zu, der die Regierung ersucht, alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, den finanziell bedrängten Siedlern Hilfe zu bringen und die Mieten für Neubauswohnungen zu verbilligen.

Abg. Güttler (SPD):

Ohgleich der Antrag bereits Anfang November eingebracht worden ist, ist er weder durch die Rotterordnungsverordnung noch durch die Mietensenkung überholt, im Gegenteil, er ist im höchsten Maße aktuell. Ware er nicht schon damals eingebracht worden, so müßte er jetzt nach der Rotterordnungsverordnung gestellt werden. Mit der Rotterordnungsverordnung kann in bezug auf die Wohnungsbaupolitik der Wirtschaft nicht geholfen werden. Die Frage der Neubausmieten ist nicht bloß von eminenter volkswirtschaftlicher, sondern auch von hoher staatspolitischer Bedeutung. Es kommen als Neubausmieter rund sieben Millionen Volksgenossen in Frage. Der Mietanteil der Angestellten und Arbeiter, die in Neubausmieten wohnen, hat in der Regel 20 bis 25 Prozent des Arbeitseinkommens dieser bedauernswürdigen Volksgenossen ausgemacht. Inzwischen hat sich die Situation vollständig verändert. Durch Lohn-



Flockenwirbel, Ostwindsausen. — „Qualm“ und „Duft“ beim Wintersport. Zähneklappernd saust mit Grausen „Duft“ zum nahen Abgrund fort. Hier ist „Qualm“ einmal der Helle, Denn er zeigte wen'ger Mut, blieb an einer sanften Stelle. Seine Ramses schmeckt ihm gut!



RAMSES ohne Mundstück CIGARETTE **3 1/3**

Die Fusion der Aldra und der Staatsbank

(Fortsetzung des Landtags)

Finanzminister Dr. Debrich begründet ausführlich die Vorlage. Dabei betont er, daß der Staat nur auf dem Wege über die Staatsbank hätte, und zwar erst hinter der Staatsbank und der Allgemeinen Kreditanstalt. Er hat, der Notverordnung zuzustimmen. Die Regierung habe in der Zukunft schnell handeln müssen.

Abg. Müller, Leipzig (Soz.)

Die Ausführungen des Ministers haben die Bedenken der sozialdemokratischen Fraktion gegen die Form, wie die Fusion vorgenommen worden ist, nicht zerstreuen können. Meine Freunde haben bereits im Zwischenauschuss gefordert, daß bei dieser Fusion der Staat an dem neuen Gemeinschaftsinstitut wesentlich zu beteiligen ist, und daß ferner dem Landtag eine genaue Vermögensübersicht vorzulegen ist. Grundsätzlich stimmen wir der Vereinfachung der beiden Bankinstitute zu, doch geben wir die schweren Verbindlichkeiten, die der Staat übernimmt, zu großen Besorgnissen Veranlassung. Hier schlagen

unserer Anträge

ein, vor allem der Antrag 867. Wir fordern eine maßgebliche Beteiligung des Landtags in irgendeiner Form bei der Bewertung der Vermögensmasse und die baldige Vorlegung des Status, weil ohne diesen der Landtag der Vorlage unmöglich zustimmen kann. Weiter verlangen wir, daß der Zwischenauschuss an der Verwaltung des Gemeinschaftsinstituts maßgebend zu beteiligen wird. Wir verlangen eine Beschränkung der Verbindlichkeiten auf drei, höchstens vier Personen. Eine Kardinalforderung von uns ist, daß mit der Fusion, den Verwaltungsapparat übermäßig aufzusuchen, aufgeräumt wird. Dabei verstehen wir unter Verwaltungsapparat nicht bloß den Aufsichtsrat, sondern auch die Generaldirektoren und Direktoren. Dem Kreditausschuss, der aus fünf Personen gebildet und aus der Mitte des Aufsichtsrats zu wählen ist, müssen zwei Abgeordnete und ein Betriebsvertreter angehören. Die Kreditpolitik soll ausschließlich auf das Gemeinwohl und die Interessen der Gemeinwirtschaft eingestellt sein. Das Handlungskontingente ist nach sachlichen und persönlichen Ausgaben getrennt aufzuzweisen. Dem Landtag ist der Entwurf des Gesellschaftsvertrags des neuen Unternehmens zur Genehmigung vorzulegen. Die Gehälter der Angestellten sind nach dem

Rechtsausf. für das deutsche Bankgewerbe zu regeln und die in den bisherigen selbständigen Instituten vorhandenen Sozialleistungen minderbekannt in dem gleichen Umfang von dem neuen Institut zu übernehmen.

In unserem Antrage 612 erheben wir die Forderung, von jedem Abbau der Tarifangehörigen abzusehen, solange nicht der Leistungsapparat entsprechend verringert und ein weitgehender Abbau der Bezüge der leitenden Personen durchgeführt worden ist. Gätte man rechtzeitig die Gehälter und Bezüge der Direktoren und Aufsichtsräte abgebaut und die dadurch freiwerdenden Gelder zur Stärkung der Betriebsmittel verwendet, so würden wir heute nicht so viele Erwerbslose haben. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Finanzminister Dr. Debrich meint, man könne zu überlegen, daß es sich um ein gemischt-wirtschaftliches Unternehmen handelt, an dem privates Kapital beteiligt ist. Hieraus ergebe sich, daß die Bedingungen über die endgültige Gestaltung in ihren Einzelheiten zwischen den Vertragspartnern nach Lage der Sache ausgehandelt werden müssen, wobei die Regierung die Abwägung der privaten und öffentlichen Interessen vorzunehmen haben wird. Solche Verhandlungen könnten nicht vor der dritten Sesseltagung geführt werden. Die Richtlinien, die der Antrag vorschlägt, seien zum Teil mit den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs nicht vereinbar.

Selbstverständlich werde die Regierung die den Anträgen zuzunehmenden Gedanken der Antragsteller zu den ihrigen machen, wonach die Verwaltung der Gesellschaft im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten einfach und sparsam aufgezogen werden soll. Dies bedinge schon die Not der Zeit. Es entspreche insbesondere auch den Absichten der Regierung, daß die Zahl der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder auf das unbedingt Notwendige beschränkt und deren Bezüge den derzeitigen Verhältnissen angepaßt werden.

Daß die Gehälter der Angestellten nach dem Reichstarifvertrag für das Deutsche Bankgewerbe geregelt und die sozialen Einrichtungen der bisher selbständigen Institute erhalten werden sollen, entspreche der Absicht der Regierung und beider Vertragsparteien.

Die Vorlage und die Anträge werden dem Rechtsausf. übermiesen. Eine andere Vorlage wegen Übernahme einer Garantie des sächsischen Staates für Kredit der Sparkassen bei der Reichsbank geht ohne Aussprache an den Haushaltsausf. A.

Der sächsische Autotruster

Zum Schluß wurde noch die Vorlage wegen Übernahme einer Staatsbürgerschaft in Höhe von 6 Millionen Mark beim Zusammenfluß der sächsischen Kraftwagenindustrie beraten.

Finanzminister Dr. Debrich betonte, daß es gelte, der Gefahr der Abwanderung sächsischer Werke zu begegnen. Es müsse verhindert werden, daß abertausende sächsischer Arbeiter der ökonomischen Notlage anheimfallen. Der Staat dürfe aus der Anteilnahme nicht vor dem 31. Dezember 1931 in Anspruch genommen werden. Der Minister glaubt, daß an sich genügende Garantien dagegen gegeben sind, daß der Staat aus der Putschkraft in Anspruch genommen wird. Immerhin könne eine Gewährleistung doch nur darauf basieren, daß die gegenwärtige Krise auch wieder einmal einer besseren Konjunktur Platz machen wird. Zu dem Vorhaben würde die furchtbare Lage, in der wir uns nun einmal befinden.

Abg. Dr. Krüdt (D. Vp.) teilt nicht die optimistische Auffassung des Ministers und wünscht Schaffung bestimmter Garantien.

Abg. Kausch (Soz.)

Die Regierung hat ihre Befugnisse überschritten. Was würde die Regierung, nachdem bereits die Putschkraftklärung vorliegt, tun, wenn der Landtag die Vorlage ablehnen würde? Die Ausführungen des Unternehmensverwalters Dr. Krüdt zeigen die Unmöglichkeit, in der sich die Verfechter der heutigen Wirtschaftspolitik befinden. Danach kann sich der Staat beteiligen, wenn es nicht zu verdienen gibt, handelt es sich aber um ertragreiche Unternehmungen, dann heißt es: Staat, Hände weg! Im übrigen sind die Herrschaften aber immer bereit, mit beiden Händen zu scheffeln.

Der Kapitalismus wird in anderer Form wieder auferstehen. Sie (nach rechts) begreifen diese Entwicklung nicht. Sie scheuen sich vor der Erkenntnis, daß dieser Weg nicht nur zu einer Veränderung der Struktur der Wirtschaft, sondern auch zu einer Neubildung der Struktur der Gesellschaft führen muß, nämlich zum Sozialismus. Die Vertriebe, die nicht auf der Höhe sind, müssen verschwinden. Dem Staate wird die Funktion des

Wohlfahrt zugemutet, doch hat man vergessen, ihm auch Rechte und Sicherungen zu geben. Auch wir teilen die optimistischen Auffassungen des Ministers nicht; Wenn wir eventuell zustimmen, so nicht, um den Kapitalismus zu retten, sondern aus ganz anderen Gründen.

Nur uns ist maßgebend, daß Sachsen eines der gefährlichsten Notstandsgebiete ist. Bei einem Scheitern des Zusammenschlusses der Werke würden weitere 3000 bis 4000 Arbeiter arbeitslos.

Diese Gründe sind für uns geeignet, alles zu versuchen, die Industrie für Sachsen zu erhalten. Selbstverständlich muß der Verwaltungsapparat, besonders nach oben hin, sehr stark rationalisiert werden. Wir verlangen auch weitest gehende Mitarbeit der Betriebsräte. Wir stellen also, wenn wir zustimmen, die sozialen Gesichtspunkte der Vorlage in den Vordergrund. (Beifall b. d. Soz.)

Der Kommunist Wehlhorn lebte die Vorlage ab und sagte, die Arbeiterschaft müsse zur Enteignung der Betriebe übergehen.

Abg. Geiser (Soz.)

Wir haben mit den Betriebsräten der Werke Rühlung genommen, und alle Beteiligten — auch die Kommunisten — sind der Auffassung, daß die SPD. zustimmen möge. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Kommunisten, die die Arbeiter auffordern, die Betriebe zu enteignen, sind selbst davon überzeugt, daß sich diese Forderung in der gegenwärtigen Zeit gar nicht durchführen läßt. Was sollen also diese Vorfälle? Wir hoffen im übrigen, daß es der Sozialdemokratie schon gelingen wird, die Betriebe zu erhalten und damit ihre (der Kommunisten) Position zu retten. Würde dies aber nicht gelingen, würden die Arbeiter auf die Straße gesetzt werden, dann würde es ihnen schlecht ergehen. Wir sind also bereit, mitzuwirken, um die Arbeiter vor der schlimmsten Situation zu bewahren.

Die Vorlage geht an den Haushaltsausf. A. — Nächste Sitzung: Dienstag, 9. Februar.

Das Urteil gegen die Räuber vom „Wilden Mann“

Leipzig, 2. Februar. In dem Prozeß gegen die fünf Angeklagten, die im Juli v. J. den Raubüberfall auf die Gastwirtschaft zum „Wilden Mann“ in Leipzig-Leutzsch verübt haben, fällt das Schwurgericht folgendes Urteil: Die Angeklagten werden verurteilt wegen Totschlags, räuberischer Erpressung und räuberischen Diebstahls, und zwar Eißner zu zehn Jahren drei Monaten Zuchthaus, Sania zu zwölf Jahren sechs Monaten Zuchthaus, Thiele zu zehn Jahren drei Monaten Zuchthaus und Kroll, der Mörder des Jugendgenossen Sängnisstrafe von sieben Jahren, sowie verschiedener anderer feinerer Strafen zu insgesamt zwölf Jahren Zuchthaus. Ostraga wurde nur wegen räuberischen Diebstahls zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt. Sämtlichen Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei bzw. fünf Jahren aberkannt.

SOS-Auf der Bauarbeiter

Sie fordern eine Hoffmandation

Der Zusammenbruch des Baumarktes ist das schlimmste Kapitel der durch Passivität und Resignation charakterisierten Arbeitsmarktpolitik der Reichsregierung. Die Folgen dieses Zusammenbruchs sind geradezu verheerend. Ein furchtbares, Körper und Seele gequälendes Elend liegt hinter den grauenhaften Zahlenkolonnen der Arbeitslosenstatistik des Vaugewerksbundes. Gemiß sind die Bauarbeiter unter einer Gruppe unter den vielen Bedauernswerten, die heute unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Unter den 6 Millionen gequälten Arbeitlosen machen sie — ohne die baugewerblichen Nebenberufe — nur ein gutes Fünftel aus. Allein es handelt sich hier um Angehörige eines als Schlüsselgewerbe anerkannten Berufs, der durch seine Verschüttung über seinen Kreis hinaus noch mindestens einer Million Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit zur Arbeit schaffen könnte.

Mit der geradezu hoffnungslosen Lage der Arbeitslosen des Vaugewerks hat sich dieser Tage der Verdriss des Deutschen Vaugewerksbundes eingehend beschäftigt. Das Ergebnis seiner Beratungen hat der Vorstand des Bundes in einem Schreiben an den Reichsfinanzminister Dr. Brüning zusammengefaßt.

Die farge Arbeitslosenunterstützung — so lautet von wesentlichen der Gedankengang des Alarmrufs der Bauarbeiter an die Reichsregierung — hilft den Arbeitslosen und Seinen nur an der Grenze des Hungers. Kleidung und Hausrat können nicht mehr ersetzt werden, und irgendwelche Kulturbedürfnisse zu befriedigen, ist völlig unmöglich. Nach der im Vaugewerksbund allwöchentlich durchgeführten Arbeitslosenabzählung waren im Juli 1931 von je 100 der Bundesmitglieder 55 ohne Arbeit. Das war im Verlauf dieses Jahres der niedrigste Stand. Im Januar/Februar 1931 hat das Verhältnis 75 u. P. betragen, und in der zweiten Januarwoche 1932 bereits 87 u. P. Diese wenigen Zahlen bezeugen die furchtbare Tatsache, daß es im Durchschnitt des Jahres 1931 für 68 u. P. der Mitglieder des Vaugewerksbundes — das sind nach dem gegenwärtigen Mitgliederstand weit über 200.000 Bauarbeiter — nicht einen einzigen Tag Arbeit gegeben hat. Dabei gibt es Gelegenheiten zu notwendigen und volkswirtschaftlich lohnenden Bauarbeiten in überreichem Maße. Der Zustand der Wege und Straßen erschwert vielfach den Regionen- und Warenverkehr. Neue Straßen, Brücken und Kanäle können in vielen Fällen den Verkehr schneller und zweckmäßiger gestalten. Ueberschwemmungsmaßnahmen beweisen immer wieder, daß Flußregulierungen, Deichbauten und Tal-sperren volkswirtschaftlichen Nutzen bringen könnten. Bei der Struktur der deutschen Wirtschaft müßte gerade die Reumittelierung bedeutender Summen in Straßenbau- und wasserwirtschaftlichen Anlagen besonders angeeignet sein. Den Anstoß zur Wiederbelebung der Wirtschaft zu geben. Diese Arbeiten würden Kaufkraft schaffen, ohne daß durch die dafür geleistete Arbeit gleichzeitig menschenwürdige Konsumgüter auf den Warenmarkt bringen. Die auf diese Weise entstehende Kaufkraft würde vielmehr auf dem Warenmarkt den nötigen Raum für eine Neuingangsführung der Konsumgüterindustrie in weitem Maße schaffen. Das ist besonders zu beachten; denn die Bauernfrage hat auf dem Arbeitsmarkt im Jahre 1929 ihren Ausgang deutlich erkennbar von den Konsumgüterindustrien aus genommen.

Der Vaugewerksbund verlangt von der Reichsregierung, daß unersetzlich eine großzügige Hoffmandation in Angriff genommen wird. Kleinwohnungsanlagen, Stadtrandwohnungen und ähnliche Pläne sollen nur verschwindend wenigen Arbeitern — und auch nur für eine kurze Zeit — Arbeit. Erst ein zum Arbeiten wiedererwecktes Vaugewerbe lasse auch das übrige Wirtschaftsgeschehen wieder aufatmen.

Rabenstein, Ertrunken. Auf dem Rabenstein, auf dessen Eis mehrere Kinder spielten, brach der vierjährige Sohn des Förderarbeiters Hühlig ein. Obwohl sofort Hilfe zur Stelle war, fand das Kind kurz nach seiner Einlieferung ins Bezirkskrankenhaus.

Rundfunk

Donnerstag, 4. Februar.

- 9.00: Schulfunk: Die eine Landkarte entfällt. Mit dem Mikroskop in der Reichsanstalt für Landesaufnahme.
- 10.30: Schulfunk: Der Mann, der Gold suchte und Erde fand. Ein Beispiel anlässlich des 250. Geburtstages Johann Friedrich Böttgers.
- 14.00: Dr. Weßkopf: Wie man in Amerika die Arbeitslosigkeit bekämpft.
- 14.30: Filme der Woche.
- 15.00: Experimentierstunde für die reifere Jugend. Bau eines Lebensraumes mit Widmanns-Film.
- 16.00: Konzert: Das Einhornorchester spielt Werke von Wagner, Raffert, Klitz, Gounod, Krone, Komal, Fall.
- 18.00: Stadtmag. Rat Dr. Schmidt: Soll auch der körperlich Erbetende Lebensbunnen treiben?
- 18.15: Steuerrundfunk.
- 18.30: Spanisch.
- 18.50: Wir geben Auskunft...
- 19.00: M. Stürz: Was Sie einmal den Tarifvertrag nach!
- 19.30: Weibler Vortragsabend. Red. Rat Dr. Dönges: Zum 250. Geburtstag Johann Friedrich Böttgers.
- 20.00: Berlin zur Kontinente. Ein Zeitbild aus Dokumenten. Dichtung und Musik von G. Eich und E. Goppel.

Deutsche Welle: Donnerstag, 4. Februar.

- 9.00: Schulfunk: Die eine Landkarte entfällt. Mit dem Mikroskop in der Reichsanstalt für Landesaufnahme.
- 10.30: Schulfunk: Ein Besuch in den Suddo-Rücken der Diamantberge Korea.
- 15.00: Kinderstunde: Runderent. Puffi lässt der Feldrat am.
- 15.45: Frauenkunde. Petra Vietelen: Die Dichterin.
- 16.00: Vortrag: Zusammenarbeit von Schulfunk und Volkshochschule. Mit praktischen Beispielen.
- 16.30: Berlin: Nachmittagskonzert.
- 17.30: Major a. D. Lange: Vom Geist und Wesen der freien Eracht Danys.
- 18.00: H. Hübner: Vier Kapitel Simmelstunde.
- 18.30: Spanisch für Fortgeschrittene.
- 19.00: Min.-Rat Joachim: Aus der Praxis des Arbeitsrechts.
- 19.30: Dr. Wild: Gibt es in der deutschen Landwirtschaft irgendeine gegenseitige zwischen Betreibenden und Bedienungswirtschaft? Ankl. Wetter für die Landwirtschaft.
- 20.00: Dr. Hermanns: Berufsberatung für Abiturienten. Beispiel.
- 20.25: Mohn: Abendkonzert. Töne aus aller Welt. Kl. Dröschel des Weltdeutschen Rundfunks.
- 21.15: Dichterschule: Friedrich Hebel.
- 22.15: Wetter, Töne- und Sportnachrichten.
- Ankl. Tanymüllers der Kapelle Oscar Joos.

Der holländische Sender Hilversum sendet am Mittwoch abend von 21.10 Uhr bis 22 Uhr ein Hörspiel „Mühs ab!“ von Ernst Zimmermann, Frankfurt a. M. In der Aufführung wirken die Große Volksbühne und holländische Arbeiterjüngere mit. Das Hörspiel schildert auf Grund von Erlebnissen des Verfassers Leben und Untergang einer Gruppe Soldaten in der Sommerschlacht.

Neues aus aller Welt

Gefängnisstrafen für Devisenschlepper

In dem ersten Devisenschlepperprozeß auf Grund der neuen Devisennotverordnung verurteilte das Schnell-schöffengericht Berlin-Mitte am Dienstag den Vertreter des Londoner Bankhauses Singer u. Friedländer, Dr. Gutberga, wegen Verstoßes gegen die Devisennotverordnung zu einem Jahr Gefängnis und 2000 M. Strafe, die im Nicht-beitragungsfall in weitere 21 Tage Gefängnis umzuwandeln werden sollen. Der Kaufkommissar Kalorgie wurde wegen fortgesetzter Beihilfe zu 9 Monaten Gefängnis und 5000 M. Strafe, der Bankier Typenheimer wegen des gleichen Delikts zu 10 Monaten Gefängnis und 5000 M. Strafe verurteilt. Sehr erhebliche Konten des Londoner Bankhauses bei der Commerz- und Privatbank sowie der Reichskredit-K. — insgesamt über eine halbe Million Mark — wurden für verfallen erklärt. Die Haftbefehle hat das Gericht für sämtliche Angeklagten aufrechterhalten.

Die Angeklagten, von denen Gutberga englischer Staatsangehöriger ist, hatten ihre illegalen Transaktionen (es handelte sich um Zeichnungen mit Reichsbankanwartschaften) mit ganz besonderem Raffinement ausgeführt. Gutberga wurde in dem Augenblick verhaftet, als er einen Zug nach der Tischschlossanlage bestiegen wollte. Einem Teil der Mitschuldigen gelang es leider, zu flüchten.

Die neuen Bierer

Seit einigen Tagen ist in den staatlichen Münzen die Ausprägung der neuen Biererstücke im Gange. Die Ausgabe der ersten Münzen soll durch die Reichsbank am 16. Februar erfolgen.

Aus Eifersucht erschossen

Auf dem Treppentur eines Hauses in Berlin-Steglitz ist die 83jährige Händlerin Gilda Visker mit einem Kopfschuß tot aufgefunden worden. Der Täter wurde beobachtet, ist jedoch entkommen. Anscheinend ist die Händlerin das Opfer einer Eifersuchtstragödie.

Mord bei Berlin

In einem Walde bei Berlin-Schmadowitz wurde der 53jährige Gastwirt Karl Grubert, Besitzer eines bekannten Ausflugslokals am Gebbinsee, erschossen aufgefunden. Der Tote ist nicht betäubt worden. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Die Postagentur von Wasserburg

Weitere 250 000 M. unterschlagen

München, 2. Februar. Die Untersuchung in der Postagentur Wasserburg, wo, wie gemeldet, die Postagentin Anna Steubel 208 000 M. unterschlag, hat ergeben, daß noch ein weiterer Betrag von 250 000 M. unter Mißhilfe der Anna Steubel im Postamt Wasserburg bei ihrem dortigen Verbleiben, einem verheirateten Postmeister, verschwinden ist. Es wird zur Zeit geprüft, ob noch weitere Unterschlagungen hinzukommen. Über die Zustände in den kleineren bayerischen Postämtern kennt, wird sich nicht wundern, daß Betrügereien in solchem Umfang in dem schönen Städtchen Wasserburg möglich waren.

Die Tut-anch-Amon-Ausgrabung beendet

Der amerikanische Forscher Howard Carter hat seine ägyptischen Tut-anch-Amon-Ausgrabungsarbeiten nach 10jähriger Tätigkeit beendet. Dieser Tage trafen die letzten Tut-anch-Amon-Funde im ägyptischen Museum in Kairo ein.

Leure Kartoffeln

Ein Pariser Ladenbesitzer fiel einem alten Gaunertick zum Opfer. Der Geschäftsinhaber wurde telefonisch von einem Herrn anrufen, der sich momentlich als ein guter Kunde ausgab und um die Gefälligkeit bat, die Rechnung für ein Paket zu begleichen; er habe den Gegenstand, den das Paket enthalte, in der Nähe gekauft und aus Bequemlichkeitsgründen zum Laden des Angerufenen schicken lassen. Tatsächlich wurde das Paket nach einigen Minuten abgeholt, und der Geschäftsinhaber bezahlte die Rechnung in Höhe von 1400 Frank. Als das Paket nicht wieder abgeholt wurde, schloß die Ladeninhaber Verdacht. Er öffnete die Sendung und fand drei sorgfältig in Seidenpapier eingewickelte Kartoffeln.

Der Tod des Dichter-Schicks

In Mazara (Algier) ist im Alter von 80 Jahren der berühmte mohammedanische Dichter Scheich Benguedda El Gabi verstorben. Als der letzte „Rinnesänger“, der sich noch um die Pflege des mittelalterlichen Geistes in der maurischen Dichtungskunst in hohem Ansehen. Er beherrschte insbesondere die Kunst der Improvisation. Viele seiner Gedichte verherrlichten die Kämpfe der Eingeborenen im Kampf gegen die Franzosen. Die großen Open aus dem 17. Jahrhundert ergriffte er annehmlich.

Von drei Millionen Drei

Ein Arbeitslosenroman von Leonhard Frank

Copyright 1932 by S. Fischer Verlag AG., Berlin



3. Kapitel

Die Zwischendeckspassagiere waren schon im Schlaftal. Viele schliefen nicht. Auch Glasauge und der Schneider lagen wach und gatterten auf dem Rücken und wagten nicht, sich zu rühren. Wie ein Mensch Hunger haben konnte, begriffen sie nicht mehr. Entenbraten war etwas Entsetzliches. Sie hatten grüne Gesichtsfarbe und nur noch den einen Wunsch, tot zu sein.

Sie und wider schwante eine dunkle Gestalt aus dem Schlaftal heraus zur Brüstung und beugte sich vornüber, als hätte sie dem Ozean ein Geheimnis zu sagen, das sonst niemand auf der Welt erfahren dürfte.

Es war eine milde Nacht. Der Schneider, der auf Deck lag, hatte die Empfindung, allein in einem einsamen Stadtviertel zu sein. Ueber ihm blinkten die Sterne, und ihm zu Füßen lag das Dampfschiff in seiner Zufriedenheitsstellung — die Schmauze zwischen die Vorderpropeller geschmiegt.

Sie vernahm das leise Rauschen des zurückfließenden Wassers; den dunklen, lautlosen Gang der Maschine vernahm sie nur mit dem Auge. Der Schneider sah das Meer nicht und dennoch fühlte er die Weite.

Auf dem Deck der ersten Klasse, in entrückter Höhe, erklang das Sargophon, kaum vernehmbar fern, als spielten die Sternchen die Sterne, und irgendwo im Umkreis des Schiffes blies ein Matrose die Melodie leise auf der Rundharmonika mit.

„Komm, wir gehen heim!“ Das Dampfschiff blinzelte, streckte sich und stand auf. Die Nacht war heller geworden. Weit hinaus über die Brechungen der Schiffslichter im leicht bewegten Wasser schimmerte das Meer.

Sie gingen heim, vorbei an der höher gelegenen hell beleuchteten Kommandobrücke und an dem langgestreckten Schlaftal der Ankerstellen. Der Weg war weit, und es gab dunkle Ecken und nachtschwarze Schatten.

Der Matrose, der die Rundharmonika gespielt hatte, lag auf einer Taurole, vollkommen reglos. Weit vorne war ein blauer Lichtschein. Dort konnte das Funkenhäuschen sein, dachte der Schneider.

Minuten gingen sie an einer dunklen Wand entlang, die hoch emporkragte wie eine Hausmauer. Bald mußte der Matrose kommen und das Rathaus mit dem Brunnen. Der Schneider glaubte, das Blitzen des Brunnens schon zu hören.

Schlaftrug langten sie bei der Treppe an. Nur führte sie nicht aufwärts in ein Haus, sondern hinunter in den Schiffsbau.

Am Morgen war das Meer ein blank gepulter funkelnder Spiegel, groß genug, daß gleichzeitig alle Menschen auf der Erde sich in ihm hätten betrachten können, wenn er senkrecht aufgestellt worden wäre. Die endlose Spalteritur, vom Schiff in die Glätte gebrochen, sah aus, als hätte ein Riese mit einem hausgroßen Stück Seife über den blig-blanken Spiegel gewischt.

Wie ein strahlendes Morgenfest, das fernen Welten zugleitet, zog das Schiff seine Bahn.

Als erster stieg Glasauge aus dem dumpfen Schlaftal heraus auf das sonnige Deck und blickte, plötzlich schwer bedrückt, hinaus in die grenzenlose Weite. Unversehens wurde ihm die Größe seines Abenteuers bewußt.

„In Deutschland gehen wir sicher zugrunde und drüben nur vielleicht.“ Das war ja sicher richtig. Aber dennoch blieb dieses Auswandern ins blaue Nichts verdammt leichtsinnig. Dabei wäre er langsam zugrunde gegangen, sozusagen gewohnheitsmäßig, und hätte dabei wenigstens die bekannten Häuser und Straßen und Menschen, das ganze vertraute Elend gesehen und bis zum bitteren Ende miterlebt; hier stand er vor einem stummen, riesigen Unbekannten. Weiß der Teufel, was für Ungeheuer es enthält. Aber da war jetzt nichts mehr zu machen, ihm zuliebe werde das Schiff nicht umkehren.

Langsam ging Glasauge weiter auf dem noch menschenleeren Deck und blickte absichtlich zu Boden, um das ausdringliche, bedrückend weite Meer nicht zu sehen. So winzig und verloren hatte er sich zu Hause doch nicht gefühlt.

Das war immer so gewesen: So oft Glasauge, wenn er daheim auf der sonnigen Kaimauer am Flußufer entlanggedröselnd war, eine Taurole erblickt und sich niedergelassen hatte auf dieses vermittelte Rund, tief ausatmend und von der Sekunde an ganz allein mit sich und dem Wasser, war immer alle Schwere sofort von ihm gewichen und die vollkommene Wunschlosigkeit in ihm entstanden, wie das enthaltene Geheimnis des Daseins.

Diese wundergleiche Gemütsbefreiung geschah ihm auch jetzt, als er, schwer ausatmend, sich auf die große, von der Sonne ausgetrocknete Taurole niederließ und unwillkürlich die Nase in die Luft streckte, um den Teergeruch zu fassen, der dazugehörte, wie das Mehl zum Brot.

„Zigaretten!“ konnte er gerade noch denken. Dann dachte er und fühlte er überhaupt nichts mehr: Ein wunschloser Embryo im Mutterleib der Welt.

Die Zigaretten brachte der Schneider mit, der den Anzug eines Säckelspielers aus der Tschechoslowakei aufgebügelt und für die fünfzig Pfennig ein Bündchen in der Kantine gekauft hatte. „Selt drei Rohren das erste verdiente Geld“, sagte er zufrieden und stannend zugleich. „Naturgemäß ist das sehr angenehm.“

Als sie brannten — das Dampfschiff lag nebenan in der Sonne, alle vier von sich gestreckt —, war der Sinn des Lebens bis in seine letzte Tiefe erfüllt.

Vierhundertfünfzig Menschen jeden Alters, darunter Säuglinge, die erst eine Woche vor der Abfahrt geboren worden waren, und achtzigjährige Väter und Mütter, die ihre Angehörigen begleiteten, um nicht vereinsamt sterben zu müssen, fuhren auf diesem Schiff im Zwischendeck nach dem Lande der Hoffnung, aus dessen Häfen täglich Schiffe ausließen, überfüllt mit Rückwanderern, die drüben noch jahrelangen erfolglosen Kämpfen jede Hoffnung verloren hatten und grau und geschlagen wieder zurückkehrten in die Heimat, die ihnen gleichfalls keine Hoffnung ließ.

Schon hatte das Deck sich in eine farbige Landschaft Europas verwandelt, gebildet durch Angehörige aller Nationen, die, sichtbar und hörbar voneinander getrennt, gruppenweise beiläufig lagen und lagen. In der Mitte, bei der Taurole, war Deutschland.

Alle waren mit denselben kleinen Täglichkeiten beschäf-

tigt wie in der Heimat: Säuglinge wurden gefärbert und frisch gewickelt, schwarzverraucherte Tabakspfeifen umständlich gestopft, aus riesigen Gepäckstücken Wurst, Kefel und Protalbe hervorgeholt und väterlich verteilt von den Familienoberhäuptern, deren Wort hier wie in der Heimat unwiderprochen blieb. Junge Dorfmadchen, Arm in Arm, machten ihren Sonntagspaziergang wie auf der Landstraße, hinweg über die Peine eines Bauern, der seine Kühe mit frischen Wappeln verloh, und blickten sich sichernd um nach einem deutschen Bauernburischen, der sich seit langem bemühte, mit Hilfe eines runden Aluminiumspiegels sein widerwärtiges Strohhair zu einem Scheitel zu bändigen. Die Heimat schammte mit. Nur ein langer Wähne war schon einmal aufgestanden, um das Meer zu betrachten, das es in der Tschechoslowakei nicht gab.

Eine Gruppe Russen, die nicht wie Arbeiter und Bauern ausliefen, diskutierten wie im Kaffeehaus, heftig und gebärdreich. Und an dem diesen, senkrechten Ventilatorrohr, durch das frische Luft in den Schlaftraum zog, lehnte unter seinen Landsleuten ein Schwede, der leise die Akkordeon spielte. Kinder standen im Halbkreis um ihn herum. „Ist schon da?“ fragte der Schneider, der, Deutschlands Grenzen überschreitend, zur Taurole trat.

Die beiden blinzelten nur ein bißchen zu ihm empor und lösten wunschlos weiter.

Der Schneider ging gemächlich hin und her zwischen der Taurole und den heftig diskutierenden Russen, von denen immer mehrere gleichzeitig sprachen. Nur ein-er schwieg, er blickte zu Boden, immer auf dieselbe Stelle, die immer wieder von den Feinen des Schiffes überauert wurde.

Schließlich hob er den Blick und alabarte veltlich, sich selbst hin und her gehen zu sehen und abschließend dennoch still auf seinem Platz zu sitzen, so erschreckend ähnlich sah ihm der Schneider. Zwillingbrüder, die einander in allem gleichen konnten einander nicht ähnlicher sein.

Noch während er sein Ebenbild anstarrte, überfamen ihn wieder die schweren Gedanken, die wieder von des Schiffes Feinen durchkreuzt wurden.

Der lange Wähne stand an der Reling und blickte durch ein altmodisches Fernrohr, durch das sein Vater schon als Knabe geklickt hatte. Weit draußen sah er einen Punkt, winzig wie eine Mücke.

Wo ein Wille . . .

Das kürzlich gemeldete Sterben von Sir David Bruce am Begräbnisstage seiner Gattin erscheint wie ein abschließendes Symbol der Lebens- und Arbeitsgemeinschaft, die diese beiden Menschen von ungewöhnlich unkonventionellem, klarem Denken, nicht aufhaltendem Fortschrittsdrang und unendlicher Energie verbund. Einen Einblick in ihr bewegtes Leben gibt Paul de Kruijs Buch „Mitrosenjäger“, dessen Kapitel über die beiden Forscher des Malariafiebers und der Schlafkrankheit wir mit Erlaubnis des Orell-Fühlis-Verlags einiges entnehmen:

Er hatte eine merkwürdige Natur, dieser David Bruce; am liebsten tat er gerade das, was seinen Vorgesetzten und den älteren Leuten ganz und gar nicht gefallen wollte. Früh von der Edinburgher medizinischen Fakultät weg hatte er im Sanitätskorps der britischen Armee Dienst genommen, nicht etwa um seinem Vaterland zu dienen, Soldatenleben zu retten oder Nitroben zu entdecken — an die er damals noch nicht dachte — aber irgendein ähnliches Ziel löblichen Ehrgeizes zu verfolgen. Nein, heiraten wollte er und hatte keinen Schilling, nicht er und nicht seine Liebste. Beide Familien waren außer sich über diesen romantischen Pakt: konnten denn die Geliebten nicht warten, bis Bruce einen soliden Grund zu einem guten bürgerlichen Haushalt geerntet hatte? Natürlich tat er das Gegenteil, ging zur Armee, und mit seiner noch recht knappen Vorsehung erfrischte darauflos.

Ein Mutterkorn war er nun freilich auch beim Militär nicht. Bruce hatte keine Disziplin im Weibe, und was für einen jungen Offizier noch schlimmer ist, auch keinen Takt. Er war noch Leutnant, als er seinem Oberst, dessen Benehmen ihm nicht gefiel, mit dem Anerbieten aufwartete, ihn niederzulassen. Er wurde zur Garnison nach Malta kommandiert, Mrs. Bruce ging mit ihm, das war ihr Posten.

In Malta herrschte eine rätselhafte Krankheit unter den Soldaten, man nannte sie das Malariafieber. Dem jungen Militärarzt Bruce schien es zu dumm, sich wie seine Kollegen ans Krankenbett zu setzen und den armen Tannies nutzlos Willen zu verschreiben. Er war vielmehr entschlossen, die Ursache des Malariafiebers herauszufinden. Da kam er aber bald ins Gedränge. Er verstand doch fast so gut wie nichts von Laboratorien und sollte sich jetzt ein Laboratorium einrichten. Aber seiner Energie widerstand nichts. Als bald hatte er sein Laboratorium in einer elenden Hütte. Dort pfuschte er wochenlang daran herum, aus Kräuter und Agar-Agar etwas herzustellen, was geeignet wäre, Keinkulturen des unbekannten Malariafieberkeims zu züchten. Den Keim zu entdecken, konnte doch nicht schwer sein, sagte ihm seine Ignoranz. Vorläufig

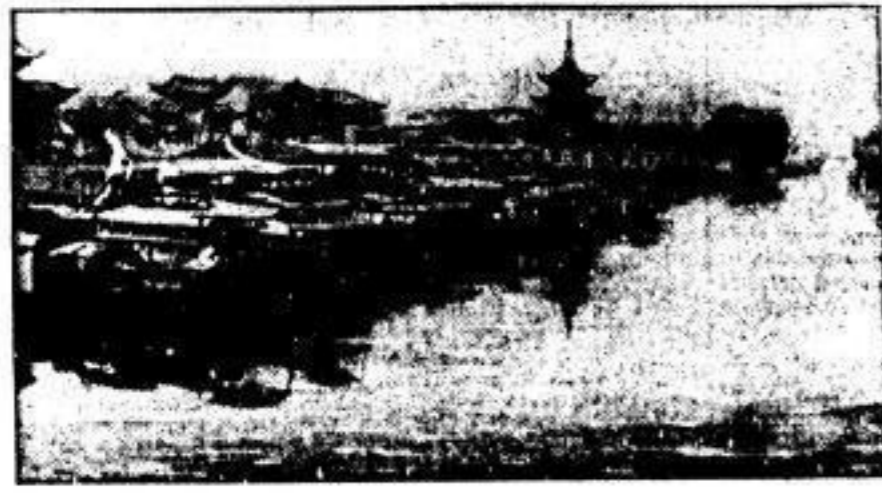
überlebte ihm nur Agar-Agar an Händen und Gesicht und machte seine Uniform fleckig. Und welche schlechte Wirtin! von seinen 200 Pfd. er kaufte er als das Dringendste — eine Menge Äpfel ein, zu 5 Schilling das Stück. Natürlich! Denn diesen Gekochten Obstes sollte das Blut der fieberkranken Soldaten eingepflügt werden. Aber sie sahen die Notwendigkeit nicht ein, zwischen ihm aus den Händen, hießen und tranken ihn und berührten auch sonst keinen halbsüßigen Anflug. Was tat unser David Bruce? Er rief seine Frau herein. „Wißt du mir nicht diesen Äpfel halten?“

So wurde sie seine Assistentin, und das tapfere Frauchen blieb seine rechte Hand durch volle dreißig Jahre. Sie ging mit ihm in die schmutzigsten Verstecke, trug seine Armut und strahlte vor Stolz auf ihren Mann, den die Welt nicht verstand. Mrs. Bruce war ein unentbehrlicher Faktor bei seinen erlautenden und doch so lange nicht anerkannten Leistungen.

Sie waren beide anfangs so ungeschickt, daß man es jetzt kaum glauben kann. Aber wie haben diese Keimkulturen sich miteinander in die Teströhre der Pappschalen eingearbeitet! Entschuldigend ist ihnen wirklich, die Nitroben des Malariafiebers zu entdecken. Zum Lohn für ihre mühselige Fortschrittsarbeit wurden sie — von Malta abberufen und weit weggeschickt, nach Kenia.

Dann mußte er heim, nach England, an die Militärschule für Bezugs in Netten. Sollte er denn nicht den Keim einer wichtigen Krankheit entdecken? Also sollte er auch jüngere Leute für die Nitrobenjagd abrichten. Diesmal aber stieß er auf seine Excellenz, den Ehrenwerten Sir Walter DeLisle-Guthrie, Gouverneur von Natal und Zululand usw. Beide waren geborene Abenteurer, und bald machten sie miteinander Pläne voll großartiger Aktionen. Erhellere wußten natürlich von Nitroben nichts, aber geruheten sich für alles zu interessieren, was den Afrikanern den Segen des Wohlstandes bringen konnte, natürlich unter deutscher Oberleitung. Bruce kümmerte sich nicht einen Pfifferling um die Ausdehnung des Empire, aber in diesem Afrika gab es mächtigste Systeme, die durch die Stacheln von Insekten auf Mensch und Tier übertragen wurden. Ihm war nun einmal das Weibchen — und so auch seiner Frau — das Leben in unmöglichen Gegenden voll erforschungswürdiger Krankheiten.

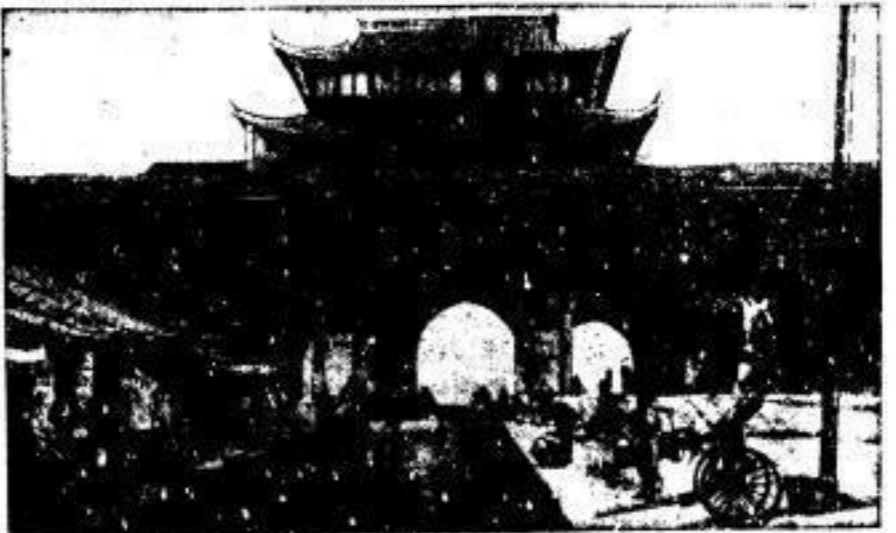
Also finden wir den inafischen zum Chirurgie-Major aban-derierten David Bruce schon 1894 in Natal, samt der treuen Gattin, in einem Löffelwagen mit Tagesreisen von 16 Kilometer dahin-fahren, nach der schönen Gegend von Ilombo im Zululand. Ganze Schwärme von Fieserfliegen gaben den Reisenden das Gefühl, flogen mit Fluggeschwindigkeit auf sie zu und haben darauflos wie gereizte Pipern. Um sie her heulten Schlangen, und Böven grollten aus der Ferne. Aber sie waren glücklich. Denn jetzt waren sie beide königlich-britische Kommissäre, sie allein bildeten die erste Nagana-Kommission.



Aus dem bedrohten Hanking

Links: Blick auf einen Arm des Yangtze-Flusses bei Hanking, von dem aus die japanischen Kanonenboote die Stadt bombardierten.

Rechts: Mies Tor in Hanking, der chinesischen Regierungshauptstadt, die nun ebenfalls unter dem Feuer der Japaner liegt.



Sport-Spiele

Von Weltrekorden Ausportlern und Arbeitersportlern

In der Wiener Arbeiter-Zeitung war über die Stellung des bürgerlichen Sports gegenüber dem Arbeitersport das Folgende zu lesen: Die Arbeiterbewegung mag groß und schön sein, aber was die sportlichen Leistungen, die Höchstleistungen anlangt, so kann sie sich mit der bürgerlichen Sportbewegung nicht messen. Das immer wieder zu besagen, wird die bürgerliche Presse nicht müde. Summen allerdings entschließt ihr das Wörtchen noch, wenn sie die Leistungen ausführt, in denen es die Bürgerlichen besser als die Arbeiterportler treffen. Aber wohl selbst von der Gefährlichkeit des Wortes betroffen, läßt sie es nicht wieder untergehen in einem Schwall von Vordersätzen auf die Höhen des Unternehmertums. Und ihr Schlußsatz lautet fast immer: Die Weltrekorde sind auf unserer Seite, also ist es unser Sport, dem die Welt als den einseitigen anerkennt.

Vergleicht man die Leistungen des Arbeitersports mit denen des bürgerlichen Sports, so vergesse man, und auch viele aus unseren Reihen vergesse es oft, erstens: daß es einen proletarischen Sport erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit gibt; zweitens: daß die Arbeiterportler dem Rekord bei weitem nicht die Bedeutung beimessen wie die Bürgerlichen, ihm also auch nicht nachlagen; und drittens, woran merkwürdigerweise die wenigsten denken: daß der Arbeiterportler seinen Sport unter ganz anderen Voraussetzungen als die bürgerliche Sportler.

Die meisten Weltrekordhüter der Bürgerlichen sind Ausportler. Sie haben nicht anderes im Sinn, als ihre Leistungen zu verbessern. Manier wie Kurze, Welsch, Codel sind in der Welt gebildet, werden wie eine Rennschnecke betreut und geschult, jeder Versuch von ihnen ferngehalten und jeder Versuch förmlich sorgfältig. Sie leben für und von ihrem Sport und werden für Höchstleistungen und Weltrekorde geradezu präpariert. Ihr einziger Gedanke ist eben das Erzielen von Spitzenleistungen, und dieses Gedanke ist der meisten bürgerlichen Sportarten ein einziger Gedanke. Und die Leistungen dieser Menschen gelten dann als die Spitzenleistungen des bürgerlichen Sports, der mit ihnen auftrumpft und Vergleiches anhält: Schau! hier, wir können es besser als die Arbeiterportler!

Dah viele Arbeiterportler mit leeren Magen, andere wieder von der Arbeit an der Drehscheibe oder vom Schreibtisch weg auf den Sportplatz gehen, müde, abgibt ihre sportliche Leistung aufzunehmen und Wettkämpfe austragen: wie viele denken daran, wenn sie sagen: erst nach der Arbeiterportler Weltrekorde aufweisen, damit man ihn als Weltrekord gelten lassen kann, wenn sie doch können der Arbeiterportler mit dem der Bürgerlichen ver gleichen? Darf man da überhaupt Vergleiches anstellen, da doch die Verhältnisse so anders, die Voraussetzungen so unerschwinglich sind?

Aber der Unterschied im Können ist ja gar nicht mehr so groß. Betrachtet man die Weltleistungen der Weltrekordhüter aus den Reihen des bürgerlichen Sports, so sieht er um nichts besser da als der Arbeiterportler. Wie mühen eigentlich nicht getrieben werden, denn anderen Arbeiterportlern gelang es in der letzten Zeit, Leistungen zu erzielen, die um ein Beträchtliches besser als die Weltrekorde der Bürgerlichen in der gleichen Leistung sind. In Deutschland sind die Verhältnisse überhaupt so, daß man von einer Überlegenheit des bürgerlichen Sports kaum noch sprechen kann. Er hat sie noch im Fußball, im Tischtennis und im Tennis, in einigen anderen Sportarten trifft er nicht besser als der Arbeiterportler, und in vielen (Handball, Basketball, Schwimmen, Wasserball, Saftball, Schifahren) ist er diesem weit nicht mehr ebenbürtig.

Wasserport

Schwimmlehre. Jeder Mensch soll das Schwimmen betreiben. Schwimmen ist die gefahrlose aller Velebungen. Schwimmen kräftigt und härt außerordentlich Herz und Lunge. Wichtigsten Nutzen und Wärdheit ist das Schwimmen selbst bei zu empfehlen. Der Verein für Volkswirtschaftlichen Wasserport bietet Gelegenheit, sich das Schwimmen zu erlernen. Schwimmlehre beginnt im März in Dresden-Cotta, Ostelstraße. Für Männer am 1. Februar, 19.30 Uhr. Für Frauen 20.30 Uhr; im Gumbd., Elbberg, für Männer und Frauen am 4. Februar, 20 Uhr; im Neustadt, Dresden-Cottbus. Winterberger Straße 14, 18, für Frauen am 8. Februar, 19.30 Uhr. Kursdauer 3 Monate. Die Leitung liegt in den Händen qualitativer Techniker. Anmeldungen werden zu den betreffenden Kurstagen an der Kasse entgegengenommen. Kursbeginn täglich im Kreisheim, Gledahölzstraße des Vereins für Volkswirtschaftlichen Wasserport, Telefon 44821.

Schwermathetik und Jiu-Jitsu in Dresden-St.

Kadetten der Verein Germania, der die Schwermathetik und den Jiu-Jitsu-Sport in Dresden-St. repräsentiert, durch die Bemühungen der „Cooperation“ für die Arbeiterbewegung verlorengegangen ist, bezieht zur Zeit seine Tätigkeit wieder, diese Sportart besteht zu betreiben. Die Vertiefung der Arbeiter-Kadetten bei die Mathematik ist ein Schritt eine neue Lebensstufe für sozialistische Vorkämpfer (lokal Jiu-Jitsu) zu schaffen. In alle Genossen in Dresden-St., die Zeit haben, sich im Jiu-Jitsu-Sport, im Ringen, im Boxen oder im Judo zu betätigen, ergeht die Einladung, sich unter Ausnutzung der gewöhnlichen Sportzeit im Unterholzmann (Schiffbau) zu melden. Zunächst soll mit einem ersten Jiu-Jitsu-Kursus das Fundament zur neuen Sportart gelegt werden. Ein viel erfahrener Techniker, unter Leitung des bekannten Kampfsportmeisters, Genossen Schüler, wird die Ausbildung übernehmen. Entgegen der eingegangenen Meinungen wird auch für die anderen sozialistischen Sportarten der Lebensbetrieb einrichtet. Genossen von Dresden-St. wollen recht zahlreich den neuen Verein unterstützen. Kursbeginn ab dem 3. Februar in Dresden-St., Neustadtstraße 11, I.

Klausel Manfred Rujan, ehemaliger Jiu-Jitsu-Trainer im Verein Germania, der alle seine Kenntnisse auf sportlichem Gebiet der Arbeiter-Sportbewegung verleiht. Er nachdem er sich an der Veranstaltung der Kampfvereinschaft für rote Sportler beteiligt, mit einigen Vereinstreibern bei dem bürgerlichen Verein Ostler 2, Dresden-Neustadt, getrennt. In den nächsten Wochen Nachrichten wird für einen Jiu-Jitsu-Kursus unter Rujans Leitung gewonnen. (Wie weiterer Schritt für rote Sportler!)

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Es möchten zu der Hilfsvorführung des Turn- und Sportvereins 1885 am Freitag, 5. Februar, im Triebau viel Genossen und Genossinnen anwesend sein. Der Verein 1885, der durch die RPD, gefährdet wurde, bedarf der Unterstützung. Der Hilus, der geboten wird, ist sehr interessant. Der große Schauspieler Paul Feuerer tritt mit. Vorführung 17.30 und 20 Uhr. Für Kinder 15.15 Uhr.

L. Gruppe, Turnerschaft Gleichen. Spiel- und Sportabteilung. 4. Februar, 19.30 Uhr. Versammlung im Vereinshaus, Ritterstraße 14. 5. Februar: Cues durch die Feibe, Treffpunkt und Abmarsch wird in der Halle bekanntgegeben. — Turn- und Sportverein Germania, Dresden-Neustadt. 5. Februar, 20 Uhr. Restaurant Riffer, Versammlung. Anschließend unwillkürliche Unterhaltungen. Volkswirtschaftlichen mit erachtet.

Verantwortlich für Dresden: Schmidt und für Dresden: Hagenberg. Hans Hagenberg, für Dresden: Max Gsch; für Leipzig: W. Kuhn; für Chemnitz: Paul W. Schmidt; für Chemnitz: für den politischen Teil: Verantwortlich für Dresden: Schmidt; für Leipzig: Schmidt und für Chemnitz: Paul W. Schmidt; für Chemnitz: Schmidt.

Rot Sport wandt in Breslau

BPD. Der Fußballbezirk der Arbeiter-Turn- und Sportbund in Breslau hat seinen Lieblingssport, den Fußball-Turn- und Sportbund vollzogen. Damit ist Rot Sport einer der sozialistischen und besten Vereine verlorengegangen. Verkannt und ruhlos Überlebende waren Kämpfer als der Einfluß des Unbeliebten von Rot Sport, Bereich von mehreren Wochen artikel der Cooperatorin Schmidt-Weiß, wobei 26 Mitglieder ihren Lieblingssport zum A.S.B. Westfalen im Arbeiter-Turn- und Sportbund vollzogen.

Funktionäre!

Habt ihr's den Mitgliedern eingehämmert?



7. Februar Stellen zur Eisernen Front 13.30 Uhr Ostfragehege

7. Februar Stellen zur Eisernen Front 13.30 Uhr Ostfragehege

2. Ziehung 4. Klasse 200. Sächs. Landeslotterie
Ziehung am 2. Februar 1932.
Chas. Gensel, die Nummern, unter welchen keine Gewinne
bezeichnet sind, sind mit 500 Mark gezogen.

40000 auf Nr. 87270 bei	Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.
10000 auf Nr. 86670 bei	Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.
5000 auf Nr. 409 bei	Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.
5000 auf Nr. 87094 bei	Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.
5000 auf Nr. 107918 bei	Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.
5000 auf Nr. 87062 bei	Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.
5000 auf Nr. 48115 bei	Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.
5000 auf Nr. 119779 bei	Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.
5000 auf Nr. 12078 bei	Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.
5000 auf Nr. 120314 bei	Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.
5000 auf Nr. 100482 bei	Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.

9400 (5000) 292 301 948 504 735 475 897 436 815 106 588 4007
225 2107 749 4609 253 391 508 212 266 (400) 395 714 494 958 569
(500) 5641 317 394 001 267 509 778 970 941 304 856 280 (400) 409
185 081 2807 148 595 098 284 329 605 408 494 508 021 221
088 090 8412 251 4000 218 909 517 248 (750) 488 848 816 461
(400) 262 110 079 (400) 0945 447 (400) 321 528 178 328 185 454
284 141 7710 094 715 894 448 999 901 394 188 281 495 206 812
508 (400) 194 183 724 728 740 294 558 618 10387 180 068 (400) 418
930 805 784 9638 698 567 801 (400) 678 576 489 261 877 1407
10491 908 490 508 698 898 238 238 488 563 188 178 11497 509
708 836 711 (400) 801 400 800 400 800 800 800 800 800 800 800
(500) 078 (5000) 665 (400) 278 105 589 891 106 158 18178 14000
281 326 (400) 028 208 817 830 591 786 14450 500 238 215 608 948
283 898 181 416 807

40000 auf Nr. 87270 bei Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.
10000 auf Nr. 86670 bei Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.
5000 auf Nr. 409 bei Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.
5000 auf Nr. 87094 bei Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.
5000 auf Nr. 107918 bei Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.
5000 auf Nr. 87062 bei Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.
5000 auf Nr. 48115 bei Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.
5000 auf Nr. 119779 bei Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.
5000 auf Nr. 12078 bei Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.
5000 auf Nr. 120314 bei Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.
5000 auf Nr. 100482 bei Dr. O. W. H. Richter, Chemnitz.

Sport und Politik in Lettland

Der Führer der Vorherrscher des lettischen Sports, und Schöpfer des lettischen Sportbundes, ist der Arbeiterportler- und Turnbund zur SWS, und seit dem 1. Februar 1932 hat der lettische Bund allmählich in fast allen Sportarten einen regen internationalen Verkehr entwickelt. Besonders mit Deutschland haben sich die Verbindungen gut entwickelt.

Die ausländischen Beziehungen aufrechterhalten und weiter ausbauen, ist nicht immer für den jungen lettischen Bund eine leichte Arbeit gewesen. Lettland ist ein kleines Land, der Handel mit ein wenig größer als Tonemart oder Österreich, mit nur zwei Millionen Einwohnern. Dazu ein Agrarland mit wenig entwickelter Industrie. Daher ist der lettische Bund sehr stark mit den bürgerlichen Verbänden, nur kleinen Mitgliederzahlen, verbunden. Zur Zeit sind es 6000, die in 95 Vereinen und acht Kreisen vereinigt sind. Der Bund ist also klein und seine geldliche Vermögenslage ist eine geringe.

Wenn es trotzdem gelungen ist, von dieser kleinen Organisation eine innerlich gefestigte Bewegung zu gestalten, die auch auf internationaler Ebene einen gewissen Erfolg erringen konnte, so beruht das hauptsächlich auf einer guten und frohen Organisation des lettischen Bundes. In Lettland besteht nur eine Arbeiterportler-Organisation. Jede Veranlassung der einzelnen Kreise auf mehrere Verbände ist vermieden worden. Der lettische Bund umfaßt zur Zeit alle Sportarten: Fußball, Turnerei, Leichtathletik, Basketball und Leichtathletik. Der lettische Bund unterrichtet sich von den bürgerlichen Verbänden weitestgehend nach dem, was die Sportarten nach die Sportarten der Samariter, des Arbeiterportlers, der Arbeiterportler-Organisation, des Hosen Ballens ähnlich und die Arbeiterportler-Organisationen. Alle Kreise des Bundes besitzen einen Sportplatz. Die Sportabteilungen sind innerlich sehr gut organisiert. Es ist in Lettland vollkommen gelungen, den Arbeiterportler in den Tönen des proletarischen Kampfes zu stellen und organisatorisch zu einer Einheit zu entwickeln. Auch Schiport und Schießen sind viel gefördert. Die Kreise der Arbeiterportler sind auch der lettische Bund haben in den letzten Monaten immer schwerer unter der allgemeinen Wirtschaftskrise zu leiden. Wie überall, so hat die Krise auch im Vorherrscher des lettischen Sports Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Von den 100 000 Industriearbeitern und Transportarbeitern Lettlands sind schon 30 000 arbeitslos.

Die Arbeiterportler sind auch der lettische Bund haben in den letzten Monaten immer schwerer unter der allgemeinen Wirtschaftskrise zu leiden. Wie überall, so hat die Krise auch im Vorherrscher des lettischen Sports Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Von den 100 000 Industriearbeitern und Transportarbeitern Lettlands sind schon 30 000 arbeitslos.

Die Arbeiterportler sind auch der lettische Bund haben in den letzten Monaten immer schwerer unter der allgemeinen Wirtschaftskrise zu leiden. Wie überall, so hat die Krise auch im Vorherrscher des lettischen Sports Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Von den 100 000 Industriearbeitern und Transportarbeitern Lettlands sind schon 30 000 arbeitslos.

Weniger Grund und Umgebung

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Dankschreiben. Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dankschreiben für die Unterstützung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Die zerfallende Volkspartei

D. Der frühere Reichstagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei, Oberst a. D. von Gilla, ist aus der Volkspartei ausgetreten. v. Gilla wird sich entweder den Deutschnationalen oder den Nationalsozialisten anschließen. Es ist zu erwarten, daß sich ein großer Teil der Volksparteier des Wahlkreisverbandes Düsseldorf-West dem Vorgehen v. Gillas anschließen wird. Insofern steht die Deutsche Volkspartei vor einer neuen Krise.

Die westlichen Landes- und Ortsgruppen der Deutschen Volkspartei, die fast ausschließlich unter schwerindustriellem Einfluß stehen, drängen schon seit Jahren nach rechts. Erst vor wenigen Monaten haben sie ihre Parteileitung in Berlin unter der Führung des jetzt aus der Volkspartei ausgetretenen Herrn v. Gilla ultimativ aufgefordert, sofort Anschluß nach rechts zu suchen und auf jede Unterstützung der Regierung Pränung zu verzichten. Dasselbe gehörte auf Wort! Nach heftigen Auseinandersetzungen beizog die völksparteiliche Reichstagsfraktion auf Dingenbeys Vorschlag, von Pränung ein ausgeprochen rechtsgerechtes Kabinett mit Nationalsozialisten zu fordern und für den Fall, daß dieser Forderung nicht entsprochen werden sollte, Pränung jede weitere Unterstützung zu verweigern. Pränung kam der Forderung der völksparteilichen Kolonie im Reichstag nicht nach. Die Folge war, daß sich die völksparteilichen Reichstagsabgeordneten in ihrer Mehrheit auf die Seite der Rechten schlugen und mit Panen und Trompeten nicht nur zur Sarzbürger Front stützten, sondern sich von ihr zugleich auch als gegengläubige Werkzeuge benutzen ließen. In den westlichen Landesverbänden der Volkspartei wurde das beklagt, während die Willenslosigkeit und mangelnde Entschlossenheit der Volkspartei, zu einer klaren politischen Linie zu gelangen, in anderen Landesteilen, wie beispielsweise in Süddeutschland, auf heftigen Widerstand stieß. So kämpften zur Zeit innerhalb der Volkspartei zwei Richtungen, und zwar die eine für und die andere gegen Pränung. Aus diesem Durcheinander hat v. Gilla jetzt die Konsequenzen gezogen, indem er aus der Volkspartei ausgetreten ist und dort hinüber, wo er schon lange hinübertritt: zu der vereinten Reaktion von Dillier und Sagenberg.

Mit dem Austritt v. Gillas aus der Volkspartei wird der Auflösungsprozess, in dem sich dieses Zwitwerggebilde ohnehin bereits seit Länger Zeit befindet, weiter beschleunigt.

nigt. Bis her sind Herrn Dingelbey aus dem Reichsgebiet immerhin noch gewisse Mittel zugegangen, die nach der Klacht v. Gillas völlig ausbleiben werden. Das bedeutet für die Volkspartei, die Einnahmen von ihren Mitgliedern überhaupt nicht aufzuweisen hat, einen besonders heftigen Schlag. Immerhin dürfte Herr Dingelbey, der ewige Schläger, auch daraus keinen Nutzen ziehen und sich zu einer konsequenten Politik der Mitte entschließen. So werden sich auf die Dauer immer mehr die Worte befähigen: Dem letzten Wähler macht uns frei, unser Führer Dingelbey!

Holzwerke auf Papier

Zwischen der verachteten Nordwalde der Gebrüder Lehufen ungeliebten Ansehens und der Danabank ist ein regelrechter Kampf im Gange. Was hat dabei die Möglichkeit, hinter die kapitalistischen Kulissen zu blicken, und was man entdeckt, ist immer noch interessanter als das, was man vermutet hat. So erzählt man bei dieser Gelegenheit, daß unmittelbar vor dem Konkurs die Nordwalde in ihrer Geldnot einen gesicherten Kredit in Höhe von 120 000 Pfund Sterling von den Norddeutschen Holzwerken, G. m. b. H. in Bremen, erhielt, die der Danabank nahesteht.

120 000 Pfund Sterling waren damals 24 Millionen Mark. Die Norddeutschen Holzwerke, G. m. b. H., wählten danach ein sehr großes und sehr kapitalträchtiges Unternehmen sein. Man sieht große Fabriken vor sich, rauchende Schornsteine, Arbeiterhöfe, die bei Vertriebsbeginn in die Fabriktore strömen.

Die Wahrheit aber sieht ganz anders aus! Niemand in Bremen kennt die Arbeiter der Norddeutschen Holzwerke, G. m. b. H., niemand kennt auch die Fabriksgebäude, und wer sie anderswo als in Bremen suchen würde, würde sie auch nicht finden. Diese Norddeutschen Holzwerke, G. m. b. H., die der Danabank nahesteht, bestehen alles in allem aus wenigen Zeilen im Handelsregister. Diese Norddeutschen Holzwerke haben aber einen Direktor und Ansehler, auch Briefboten mit dem Firmenschild. Die Briefboten sitzen in der Danafiliale, und der Herr Direktor und die Angestellten sind personengleich mit denen der Danabank in Bremen.

Wir hatten immer gedacht, Werke kommt von Wärfen, von Arbeiten, von Produzieren. Wir haben immer geglaubt, daß sie etwas herstellen, was man fühlen, sehen, schmecken oder riechen kann. Aber nun haben wir wieder etwas Neues gelernt: Werke wirken Transaktionen, und dazu braucht man weder Gebäude noch Schornsteine noch Arbeiter!

85 000 Arbeiter in Dänemark ausgesperrt

K. Rosenhagen, 2. Februar. (Eig. Draht.) Die dänischen Arbeitgeber kündigten am Dienstag die Aussperrung von 85 000 Arbeitern für den 12. Februar an. Sie fordern Lohnabbau von 20 Prozent und dreijährige Verträge mit Preisabregulierung.

10 Prozent Lohnabbau in französischen Bergwerken

Paris, 2. Februar. (Eig. Funk.) In den Kohlengruben des Loirebeckens wird seit dem 1. Februar eine 10prozentige Lohnsenkung durchgeführt. Eine Aussprache, die auf Wunsch des Verbands von St. Etienne am Dienstag zwischen Vertretern der Gewerkschaften und Delegierten der Bergwerke stattfand, führte zu keinem Erfolg, da die Arbeitgeber jedes Zugeständnis ablehnten.

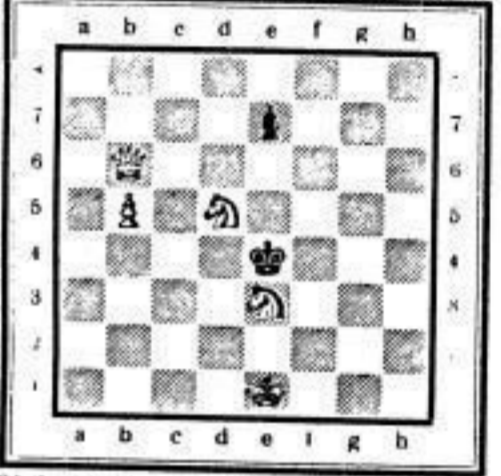
Schach

Vorbereitet vom Arbeiter-Schachverein Dresden
Schach-Lösungsturnier
Aufgabe 678 W. Hofer, Dresden.



Weiß zieht an und setzt im zweiten Zuge matt.

Aufgabe 677. W. Löbel, Dresden (Original).



Weiß zieht an und setzt im dritten Zuge matt.

Achtung, Sonderunterteil! Bei allen Aufgaben die Angabe aller Abzüge zu liefern, siehe den Leeren zum Beispiel. Aber einmal verlangen wir es und geben auf die richtige Antwort je Aufgabe drei Sonderpunkte. Zu 676 und 677 ist die genaue Zahl der Abzüge sowie die Angabe der einzelnen Abzüge mitzugeben.

Preis: 2 März 1932.
Zur Kontrolle Nr. 676: Weiß: Kh8, Dh8, Ta7, e8, Lc7, e8, Sf8, g7, Lh6, d6, g6, h6, h4. Schwarz: Kf8, Dc8, Th8, Th8, Ld1, c7, Sd6, Bg6, h7 (13: 4, 2er). — Nr. 677: Weiß: Ke1, Dh8, Se8, d8, Bb8. Schwarz: Ke8, Bc7 (5: 2, 3er).

Schachnachrichten

Dresden. Die 2. Runde der A-Klasse im Abteilungsmeisterturnier brachte folgende Ergebnisse: Johannstadt—Neiß 5:3, Weiden gegen Leuben 5:2 (1), Altstadt—Oppitzsch 3:4 (1), Neißstadt gegen Cotta 5:2 (1), Adlauer-Friedrichstadt 2:1 (5). In der kommenden Woche spielen am Mittwoch: Oppitzsch—Neißstadt, Cotta gegen Johannstadt, am Donnerstag: Friedrichstadt—Weiden, Cotta gegen Adlauer und am Freitag Leuben—Weiden.

Am Sonntag 19 Uhr im Freiberger Hof: Mannschaftenstimmung. Am 8. Februar Kasernenabend und Spielleiterstimmung.

Rähnitz-Wellerau. Der Arbeiter-Schachverein spielt jetzt im Café Fischer, Kellerstraße 6, jeden Donnerstag.

Freibitz. Das neue Vereinsmeisterturnier, das in zwei Gruppen ausgetragen wird, hat begonnen. Die 3. Runde wird am Mittwoch in Abteilung Döhlen und die 4. Runde am Freitag im Sächsischen Wolf gespielt. Die Abteilung Wurgwitz spielt jeden Freitag ab 20 Uhr in der neuen Turnhalle.

Knaben und Mädchen (10 bis 14 Jahre) wird unentgeltlicher Unterricht im Schachspiel erteilt, und zwar in Döhlen im Klub zum grünen Kranz, Wurgwitz und in Leuben im Sächsischen Wolf freitags. Beginn 6 Uhr.

Königsborn. Treffen zum Spiel am Sonntag in Wina früh 7.30 Uhr am Café Futtermilch mit Wärdern.

Wena. Am 7. Februar, vormittags 9 Uhr, im Restaurant Waldpark. Wettkampf mit Konstellation. Die Genossen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Am Dienstag 122. Versammlung, anschließend Vortrag von Genossen Flor über: Endspiele.

Zuschriften, Schach betreffend, an W. Grabau, Dresden 2, Markstraße 9.

Nazis als „Gewerkschaftsfreunde“

Protektionierung der Polizei beamteten gegen Klages

P. Die im Deutschen Beamtenbund organisierten braunschweigischen Beamten haben in einer wuchtigen Protestkundgebung gegen die vom Naziminister Klages verordnete Auflösung des Landesverbandes der braunschweigischen Polizeibeamten Stellung genommen.

Der Bundesvorsitzende Klages forderte sofortige Aufhebung des Verbotes, da es verfassungswidrig sei. Das Verbot einer Gewerkschaft sei ein Verstoß gegen die Grundgesetze des Deutschen Reichs. Bis jetzt noch nicht zu verzeichnen gewesen sei, daß die Minister die Koalitionsfreiheit der Beamten zugunsten gewahrt. Der Deutsche Beamtenbund habe beim Reichsinnenminister bereits Beschwerden über Klages eingeleitet.

Klages und Schaefer, der Leiter der Reichsgewerkschaft der Polizeibeamten, verurteilten den braunschweigischen Polizeibeamten, daß die gesamte deutsche Polizeibeamtenschaft hinter ihnen stehe.

Im braunschweigischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, wonach das Verbot rückgängig gemacht werden soll. Der Landtag wird voraussichtlich in der nächsten Woche zusammenkommen.

Betriebsrat ist schadenersatzpflichtig!

Reichsarbeitsgericht schützt die gelben Unternehmer Bildlinge

R. Leipzig, 1. Februar. (Eig. Bericht.)

Schadet der Betriebsrat für den Schaden des Arbeitnehmers, wenn er auf Veranlassung und auf Vorschlag des Arbeitnehmers aus dem Betriebe entlassen wird? Mit dieser Rechtsfrage, die für die Betriebsräte und Gewerkschaften von weitestgehender Bedeutung ist, beschäftigte sich zum ersten mal das Reichsarbeitsgericht.

Die beklagten Betriebsratsmitglieder sind bei der Deutschen Erdöl-AG in Holsitz beschäftigt. Im September vorigen Jahres wurde die Firma wegen Auftragsmangels einige Arbeiter entlassen. Die Firma setzte sich mit dem Arbeiterrat in Verbindung und verlangte Verträge, unter zur Entlassung kommen sollte. Unter anderen hatte der Betriebsrat einen Arbeiter in Vorschlag gebracht, der vom Werkmeister als minderleistungsfähig bezeichnet wurde. Der Arbeiter gehörte der Hellenleitung des Betriebs an und verweherte die Arbeitstätigkeit zur politischen Vertretung im Betrieb.

Der Betriebsratsmann hat die Betriebsräte verflucht, weil er zu Unrecht entlassen worden sei, und weil er nach der Entlassung keine Arbeit wieder gefunden habe. Er stützt die Klage auf pflichtwidriges Verhalten des Betriebsrats. Sie hätten sich von dem Werkmeister leiten lassen, ihn aus politischen Gründen aus dem Betrieb zu entfernen. Die Betriebsräte hätten das Recht, die Interessen der Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf politische, konfessionelle oder gewerkschaftliche Betätigung unparteiisch zu vertreten. Sie hätten gegen die Pflicht verstoßen und seien deshalb nach § 823 und 826 des B.G.B. schadenersatzpflichtig.

Die beklagten Betriebsräte bestreiten, ihre Pflichten verletzt zu haben und sie könnten deshalb auch nicht schadenersatzpflichtig gemacht werden. Wenn sie von dem Arbeitgeber über Entlassung von Arbeitnehmern befragt würden, so hätten sie das Recht, Vorschläge zu machen. Der Kläger sei nicht wegen seiner politischen Tätigkeit, sondern nur wegen seiner minderleistungsfähigkeit mit zur Entlassung in Vorschlag gebracht worden.

Das Landesarbeitsgericht hat die beklagten Betriebsratsmitglieder verurteilt, für den Schaden des Klägers, der ihm wegen seiner Entlassung entstanden ist, zu haften.

Wegen dieses Urteils wurde Revision eingelegt, um in diesem Rechtsstreit eine grundsätzliche Entscheidung herbeizuführen.

Das Reichsarbeitsgericht wies die Revision zurück und kam den gelben Unternehmerbildlingen wieder einmal zur Hilfe.

Die Beklagten hätten sich von dem Werkmeister leiten lassen, den Kläger aus politischen Gründen aus dem Betrieb zu entfernen. Es sei dies ein grober Verstoß gegen die Betriebsratspflichten, und deshalb seien sie für den Schaden, der dem Kläger durch seine Entlassung entstanden ist, schadenersatzpflichtig. NW. 242 31.

P. Zum streitgegenständlichen Schlichter für Mitteldeutschland ist mit Wirkung vom 1. April an Regierungsrat und Gewerkschaftsrat D. u. M. bei der Regierung in Erfurt bestellt worden.

Ein „rationeller“ Maßschneiderbetrieb

Nach langwierigen Verhandlungen ist in der Herren- und Damenmaßschneiderei wieder ein Reichstatarvertrag mit Lohnstarif zustande gekommen und vom 1. Januar an im Wirksamkeit getreten. Neben einer Lohnsenkung von 7 Prozent mußte in der Herrenmaßschneiderei eine Verkürzung der Arbeitszeit von 9 bis 10 Prozent vorgenommen werden. Rechnet man die Lohnsenkung von 6 Prozent im vorigen Frühjahr hinzu, so kommt ein Abbau von über 20 Prozent heraus. Diese Lohnsenkung genügt aber der Firma J. u. B. noch nicht. Nachdem sie aus dem Arbeiterverband ausgeschieden ist, will sie beweisen, daß sie noch viel mehr aus den Schneidern herauszuholen in der Lage ist. Vertraglich kann eine Arbeitszeitverteilung durch Gruppenarbeit erfolgen. Diese Arbeitsmethode kann aber nur bei Zeitlohnbezahlung Anwendung finden. Für Stück- (Arbeits-) Arbeit ist durch Tarif jede einzelne Arbeit in Stunden und Minuten ausgedrückt. Aber das hier diese Firma nicht. Sie zerlegt die Stücke in sogenannte — von ihr selbst erfundene — Einheiten und kommt dabei auf völlig willkürliche Tarifhöhen, die mit denen des Tarifs in keinem Verhältnis stehen. So kommen z. B. für einen Arm mit allen Nebenarbeiten nur 3 1/2 Auftragsstunden zur Auszahlung, obwohl in 10 bis 15 Stunden laut Tarif mehr zu zahlen sind. Alle Reklamationen der Arbeitnehmer wurden nicht. Auch dem Vertreter der Organisation wurde erklärt, daß man gar nicht daran denke, von diesem System abzugeben. Jahrgesetzeln haben sich auch Leute von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite bemüht, die wirklich gebrauchte Arbeitszeit zu ermitteln, die zur Bestimmung eines ordentlichen Maßstabes notwendig ist. Es muß auch einem Laien einleuchten, daß für einen Arm oder einen Ärmel eine andere Arbeitszeit gebraucht wird als für einen Hals. Aber der „schneidende“ Inhaber der Firma weigert sich das zu tun. Neuerdings sollten sogar vorkommende Herabsetzungen bei den schon untertariflich festgesetzten Tarifhöhen mit inbegriffen sein, d. h. umsonst gemacht werden.

Doch sich die tariflosen Arbeitnehmer diese Bezahlung nicht auf die Dauer bieten lassen konnten, ist erklärlich. Auf die erneute Weigerung der Firma, den Tariflohn zu zahlen, haben getreuen fast sämtliche Schneider den Betrieb verlassen. Da Herr J. u. B. erklärt hat, er bekomme keine Arbeit doch nach seinem Willen gemacht, eruden wir alle Dresdner Schneider, denen der Tarif nicht ein wertloses Stück Papier ist, kein Arbeitsangebot bis zu einer durch den Deutschen Bekleidungsarbeiterverband erfolgten Regelung anzunehmen.

Achtung, Betriebsräte!

Für die Betriebsräte der Gruppe IV (Chemie) findet am Donnerstag, dem 4. Februar, 19 Uhr, im Volksbau, neue Gasthause, eine Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Der Kampf um den Reallohn.“ Referent: Kollege Glöckner. 2. Gruppenangelegenheiten.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Dresden

1. Bezirk, Donnerstag, den 4. Februar, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Altsitzchen 9. Deimabend. Fragen der Gegenwart. (Kollege Kiebertz.)

Spiegelzeit. Der Liebesabend fällt diese Woche aus.

Der Sonntagabendabend am 7. Februar beginnt wegen der Veranstaltung der Eisenfront erst um 8 Uhr abends im Saal Große Holzstraße 2. 1. Arbeitslose Kräfte unterstützen und. Zum Eintritt berechtigt Mitgliedsbuch oder Jugendausweis 1932.

Metallarbeiterunion

1. Bezirk, Donnerstag, den 4. Februar, abends 7.30 Uhr, im Jugendheim, Volksstraße 15, Deimabend. Vortrag: Interessanten vom Metalle, sein Werden und Vergehen. (Genosse Krause.)

Zentrale Veranstaltungen. Freitag, den 5. Februar, abends 8 Uhr, im Saal des Jugendheims, Große Holzstraße 2. 1. Fortsetzung des Vortrags „Die Geschichte der Arbeiterbewegung.“ 2. Vortrag über eine Gewerkschaft und die Funktionen ihrer einzelnen Glieder vom Einzelmitglied bis zum Hauptvorstand. (Geleitet am Deutschen Metallarbeiterverband.) Kollege Seiffert.

Hungertod vom Bau

Donnerstag, den 4. Februar, im Jugendheim, Ribbenbergstr. 3, Hausabend. Wir beginnen mit den Vorbereitungen für die Verleumdung.

Reinigungsarbeitenjugend

Donnerstag, den 4. Februar, im Jugendheim, Ribbenbergstr. 3, Hausabend. Wir beginnen mit den Vorbereitungen für die Verleumdung.

Geographische Arbeiterjugend

Freitag, den 5. Februar, abends 7.30 Uhr, Deimabend im Jugendheim, Volksstraße 15, Vortrag: Das mittelmäßige und politische Gesicht Europas und die Lage der Arbeiterklasse in den einzelnen Ländern.

Annähfüße
Für Damen, Herren und Kinder schwarz und farblich. Annähfüße auf einer Spezialmaschine gratis, gleich zum Mitnehmen.
Paar 30, 40, 50, 65, 100 Pf.
Für Halbschuhe werden die Fußlinge auf Wunsch als — Socken eingeknäht.
Aermel jede Farbe, Größe für Strickjacken, einnähen gratis.
Richter
Rosentstr., Ecke Ammonstr., Straßenbahn 7, 10, 6, 20, 28

Männer! Schutz
Die die Gesundheit. Subventionierten Spreisen alle für Mannschaften. Unentgeltlich!
Freisleben
Postplatz 157
Pittau We. 4. 2. 6
Bruno Kühne
Ottendorferstr. 10
Verlag: Leipzig, Rosenstr., Wähler Jacob. Klaffenkamp, Kultur-Verlag, Neudammstr., Leipzig. Jede alle imh. Literatur.